

FAIRCONOMY

für eine Welt mit Zukunft



Ein Grundeinkommen für alle ist möglich!

- Das Grundeinkommen beherrscht die Schlagzeilen, fließendes Geld noch immer nicht
- Finanzspielregeln solidarischer Ökonomie – welche Bedeutung hat der Zins? Eine kontroverse Diskussion mit Elmar Altvater
- Jugendbotschafterin für Regionalgeld

Paradiesische Zustände?

„Eine Gegend heißt Schlaraffenland, den faulen Leuten wohlbekannt“, so fängt ein Gedicht von Hans Sachs an, das Pieter Brueghel vermutlich gekannt und in unserem Titelbild verarbeitet hat. Das Schlaraffenland-Motiv war

im 16. Jh. weit verbreitet. Hintergrund dürfte nicht zuletzt die sich ausbreitende Geldwirtschaft gewesen sein, die auch die Einstellung zur Arbeit verändert hat.



Sachs' Gedicht ist in mancher Hinsicht heute aktueller denn je. „Auch ist im Lande gut Geld gewinnen: Wer Tag und Nacht schläft darinnen, dem gibt man für die Stund' einen Gulden; Wer wacker und fleißig ist, macht Schulden“, heißt es da zum Beispiel, wenn auch etwas holzschnittartig.

Die ungerechte Verteilung des Geldes gibt es nach wie vor und sie schreitet immer weiter fort. In Deutschland ist die Lohnquote (der Anteil des Arbeitnehmerentgeltes am Volkseinkommen) seit dem Jahr 2000 um 8% auf 66,2% im letzten Jahr zurückgegangen. Auch die Höhe der Nettolöhne war in 2006 rückläufig.

Die sinkende Kaufkraft der breiten Masse ist einer der Gründe, weshalb das Thema „Grundeinkommen“ momentan Hochkonjunktur hat. Würde uns die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens paradiesische Zustände bescheren? Oder bliebe es bei einem Schlaraffenland, in dem zwar die Gier befriedigt wird, aber

ansonsten ungerechte Verhältnisse herrschen? Grundlegende Überlegungen hierzu und zur zentralen Frage der Finanzierung finden Sie auf den Seiten 3 - 9. Auch die diesjährige Birkenwerder-Tagung ist dem Thema Grundeinkommen gewidmet. Näheres dazu auf S. 5.

Besonders ans Herz legen möchte ich Ihnen außerdem die Diskussion über die Bedeutung des Zinses für die Entwicklung einer solidarischen Ökonomie (Teil 1 ab S. 15). Viele wird es interessieren, wie das Forumsgespräch zwischen Prof. Elmar Altvater, Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von attac, und INWO-Vorstandsfrau Alwine Schreiber-Martens auf dem Kongress „Wie wollen wir wirtschaften?“ verlaufen ist.

Und neben vielem anderen Lesenswerten finden Sie ganz hinten im Heft noch einen Beitrag zum 30-Jahre-Update des Klassikers „Grenzen des Wachstums“. Die Autoren Meadows, Randers und Meadows setzen auch nach drei Jahrzehnten ein dringendes Signal zum Kurswechsel: Ein Zusammenbruch kann nur verhindert werden, wenn die Wende zur Nachhaltigkeit durch wirksame Einschränkung des Wachstums von Bevölkerung und Wirtschaft gelingt.

Fazit: Absolute Grundvoraussetzung für ein Paradies auf Erden ist der Erhalt unserer Lebensgrundlagen. Darum ist es so wichtig, dass unsere Ideen diskutiert werden!

Beate Boddy

Inhalt

- 3 Grundeinkommen und fließendes Geld
- 5 Programm Birkenwerder-Tagung
- 6 Grundeinkommen als Grundpfeiler der INWO?
- 8 Das ressourcengestützte Grundeinkommen
- 9 Das bedingungslose Grundeinkommen – Widerspruch und Befürwortung
- 10 INWO Schweiz
- 12 INWO Deutschland
- 14 Wofür steht die INWO? – Namensdiskussion
- 15 Solidarische Ökonomie – Welche Bedeutung hat der Zins?
- 18 Termine
- 19 Jugendbotschafterin für Regionalgeld
- 20 Unterguggenberger – Theaterstück und Comic
- 21 Buchvorstellung „Grenzen des Wachstums“

Impressum

FAIRCONOMY 3 . Jahrgang, Nr. 1 März 2007,
ISSN 1860-9694

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für unverlangt eingesandte Manuskripte etc. wird keine Haftung übernommen.

Redaktion

Wera Wendnagel (V.i.S.d.P.), Beate Bocking,
Jens Hakenes, Roland Stebler, E-Mail: Redaktion@INWO.de

Abo-E-Mail

Versand@INWO.de

Auflage

3.000 Exemplare; 1.500 als r-evolution, INWO-CH

Bildnachweis

Titelseite: Pieter Brueghel d. Ä.: Schlaraffenland (1567),
INWO-Materialien: SMARTI-d – Andreas Franke, Autoren- und Produktinfos: privat und Verlage, 3 Disney – aus dem Comic: Der reichste Mann der Welt, 4: PhotoCase.de/bebasta, 5: Karmelitenkloster Birkenwerder, 7: PhotoCase.de/mägs, 8: PhotoCase.de/lammi, 11: Wonneberger, 20 Zeichnung Plakat: Dieter Zentek, 20 Comic: Andreas Wehrheim

Layout

Umbach Grafik & Mediendesign, Münster

Druck u. Versand

Druckhaus Klingenberg GmbH, Münster

Herausgeberin

INWO D e.V., Klaus Popp, Blasiusstraße 63,
40221 Düsseldorf, Telefon: (02 11) 30 41 05,
E-Mail: INWO@INWO.de, <http://www.INWO.de>
Konto 604 786 607, Postbank Frankfurt/Main (500 100 60)

Die FAIRCONOMY ist die neue Zeitschrift der INWO (Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V.). Mit dieser Zeitschrift machen wir auf unsere Idee der FAIRCONOMY aufmerksam. FAIRCONOMY steht für eine Welt mit Zukunft. Sie schafft die Grundlage für eine nachhaltige, stabile und gerechte Marktwirtschaft ohne kapitalistische Auswüchse. Voraussetzung für

die FAIRCONOMY ist eine Geld- und Bodenreform. Sie sorgt dafür, dass die Wirtschaft an den Bedürfnissen der Menschen ausgerichtet werden kann. Mit der FAIRCONOMY gehört die Umverteilung von unten nach oben der Vergangenheit an. Sie ermöglicht Wohlstand für alle, Chancengleichheit und Frieden.

Das Grundeinkommen beherrscht die Schlagzeilen, fließendes Geld noch immer nicht

Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte helfen, die Wirtschaftslage im Inland zu stabilisieren. Doch erst fließendes Geld bewirkt, dass alle am Wohlstand teilhaben.

Norbert Walter, der Chefökonom der Deutschen Bank, hat einmal bemerkt: „Der Mensch strebt, weil er ist, und dieses Streben sorgt dafür, dass man von dem, was man für wertvoll hält, im Zweifel mehr haben will.“ Ist also das Streben nach (wirtschaftlichem) Wachstum in der Natur des Menschen angelegt? Unsere heutige durchideologisierte Wirtschaftswissenschaft folgt diesem Credo und leugnet die Weisheit der Klassiker der Ökonomie. Der große John Stuart Mill hat es 1843 so gesagt:

„Immerwährendes wirtschaftliches Wachstum, immer neue wirtschaftliche Güter können nicht das Glück der Menschen bedeuten, nicht die Erfüllung der eigentlichen menschlichen Bedürfnisse.“

Weltweit erleben wir heute, dass der Schaden, den die materielle Wertschöpfung anrichtet, ihren Nutzen übertrifft und das Wohlbefinden der Mehrheit nicht vermehrt.

Worte offenbaren Werte

Vom Glück des Menschen haben unsere Ahnen mehr verstanden als wir heute: Unsere germanischen Vorfahren haben Arbeit mit Knechtschaft gleichgesetzt – beides hieß „orbu“. Die antiken Denker haben unterschieden zwischen Arbeit, die die Existenz sichert, und Tätigkeit, die wir gern tun. Das englische „labour“ (Arbeit) kommt vom lateinischen „labor“ (Mühe). Das französische „le travail“ und das spanische „el trabajo“ (Arbeit) kommen vom lateinischen „tripalium“, eine Peitsche mit Lederriemen, an deren Enden Eisensterne angebracht sind. Sie diente zur Züchtigung von Sklaven. Die herrschende Klasse ergab sich in der Antike dem Müßiggang. Die heute dominierende Auffassung von der

Pflicht zur Arbeit ist keineswegs selbstverständlich. Für Max Weber (Die protestantische Ethik und der Geist des Kapitalismus, 1904/05) kam diese Auffassung erst mit dem Kapitalismus auf und prägt seitdem die „Sozialethik“ der kapitalistischen Kultur. So stehen wir noch heute unter dem Einfluss der protestantischen Arbeitsethik oder auch des landläufig dem heiligen Benedikt von Nursia zugeschriebenen, aber erst im 19. Jahrhundert aufgekommenen Mottos „ora et labora“.

Diese Arbeitsethik – im Verein mit einer atemberaubenden Erfinder- und Innovationskraft – hat uns einen technischen Fortschritt beschert, der einen weitgehenden Müßiggang nicht nur der herrschenden, sondern aller Klassen ermöglichen könnte – wenn, ja wenn wir nicht die Regeln der Kirchenmänner im Blut hätten, dass das „nicht gottgefällig“ sei.

Lange vor Götz W. Werner, dem heute prominentesten Vertreter der Grundeinkommensidee, hat Joseph Popper-Lynkeus im Jahre 1912 seine Theorie von der „Allgemeinen Nährpflicht“ veröffentlicht, nach der der Produktivitätsgewinn durch technischen Fortschritt zu einer Grundsicherung aller Staatsbürger führen müsse. So konnten denn Walt Disneys pfliffige Enten Tick, Trick und Track später flott verkünden: „Wer die Arbeit kennt und sich nicht drückt, der ist verrückt.“



Im Gegenteil: Erst, wenn das Geld fließt, kann es unsere Bedürfnisse erfüllen.

Grundeinkommen und Globalisierung

Ein bedingungsloses Grundeinkommen ist der einzige Weg, auf dem die kapitalistische Wirtschaft weiter funktionieren kann. Nach einer OECD-Studie blieb das Pro-Kopf-Einkommen vom Beginn unserer Zeitrechnung bis etwa 1800 weltweit unverändert. Die Wirtschaft wuchs mit der Zahl der Menschen, die auf der Erde lebten. Erst seit der industriellen Revolution koppelt die wirtschaftliche Entwicklung sich von der Bevölkerungsentwicklung ab. Bei fließendem Geld – INWO-Mitglieder wissen das – könnte dabei die Verteilung im Großen und Ganzen gleich bleiben. Der Produktivitätsfortschritt käme allen zugute und wir könnten wählen zwischen mehr ausgeben und weniger arbeiten. Unsere heutige Wirtschafts- und Finanzordnung hingegen destabilisiert die Verteilung – sie macht die Reichen reicher und die Armen ärmer.

Seit Ende der 70er Jahre sind die realen Zinsen (Zinsen abzüglich der Inflationsrate) welt-



Beschaulicher Müßiggang statt Arbeitszwang

weit höher als die realen Wachstumsraten. Investitionen, die über Kredite finanziert sind, müssen zuerst das Fremdkapital bedienen. Die Vermögen der Kreditgeber wachsen exponentiell; die Arbeitnehmer müssen diesen Vermögenszuwachs erarbeiten. Und weil das, was an Zinsen zusätzlich erarbeitet werden muss, mehr ist als das, was durch Wachstum mehr zur Verfügung steht, sinkt der Lebensstandard der Arbeitenden.

Damit stößt die ökonomische „Angebots-theorie“ an ihre Grenzen: Die Unternehmen können Produkte anbieten wie sie wollen; vom Luxuskonsum abgesehen – dessen Märkte begrenzt sind – gibt es immer weniger Kaufkraft, um sie abzunehmen. Die Grenzen gesättigter Märkte sind im 19. Jahrhundert vom Imperialismus gesprengt worden. Globalisierung ist jetzt nur ein anderes Wort für Imperialismus. In der Dritten Welt entsteht tatsächlich eine Mittelschicht, die das Warenangebot der Industriestaaten abnimmt. Auch deshalb kann Deutschland seine Stellung als Exportweltmeister halten.

Im Binnenmarkt der Industriestaaten aber muss etwas geschehen: Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte dazu beitragen, die Kaufkraft der breiten Bevölkerung im Inland aufrechtzuerhalten, die das System braucht. Sobald auch die Globalisierung an ihre Grenzen stößt, weil der Globus endlich ist, bleibt nur noch dieser Weg, um die Nachfrage zu festigen, die Kosten zu senken und die Bevölkerung durch die „Allgemeine Nährpflicht“ des Staates vom Joch der Peitsche mit eisenbesetzten Riemen zu befreien. Paradiesische Zustände?

Neu – Natürlich – Nachhaltig

Nein, denn das garantierte Einkommen wird die Löhne senken und die Gewinne erhöhen. Überproportional profitieren werden in un-

serer globalisierten Wirtschaft die „global players“ (Anlagefonds, „Heuschrecken“, Investmentbanker, Konzernlenker). Das herrschende Geld bleibt eine Massenvernichtungswaffe und fördert die Refeudalisierung der Welt.

„Ein Grundeinkommen als die Existenz schützendes Dach kann

seine segensreichen Wirkungen erst entfalten, nachdem fließendes Geld die Einkommens- und Vermögensstruktur stabilisiert hat.“

Dieses Fundament für eine **Neue, Natürliche und Nachhaltige** Wirtschaftsordnung wird Strukturen schaffen, die von Gerechtigkeit und Fairness geprägt sind, die höhere Einkommen an den Beitrag zum Gemeinwohl koppeln und die so überhaupt erst die Voraussetzungen für die Finanzierung eines bedingungslosen Grundeinkommens schaffen.

Aber das Grundeinkommen beherrscht die Schlagzeilen, fließendes Geld noch immer nicht, obwohl es der erste Schritt sein sollte. Woran liegt das? Haben wir – hat die INWO – versagt?

Die Produktion von Einstellungen

Im Jahre 1999 hat das Allensbacher Institut für Demoskopie herausgefunden, dass 42 Prozent der deutschen Bevölkerung einen dritten Weg zwischen Kapitalismus und Sozialismus für richtig halten. Mit solchen Einstellungen wäre die neoliberale Wirtschaftspolitik der Regierungen Schröder und Merkel nicht zu machen gewesen.

Die Entscheidung für diese Politik ist aber nicht von Politikern gefällt worden. Die Meinungsmacher produzieren Rahmenbedingungen, unter denen eine andere Politik als die, die ihre Auftraggeber „bestellt“ haben, nicht durchsetzbar ist. Ein Beispiel, wie öffentliche Meinung heutzutage produziert wird:

Der Arbeitgeberverband Gesamtmetall hat eine Initiative ins Leben gerufen, nicht für Natürliche Wirtschaftsordnung, sondern für „neue soziale Marktwirtschaft“, deren kleine Kölner Geschäftsstelle über zehn Jahre 100

Millionen Euro ausgeben kann und soll. Prominente Repräsentanten fast aller Parteien, ein bekannter Unternehmensberater und einige Professoren, die gerne Drittmittel für ihre Institute einwerben, sind als Unterstützer gewonnen worden, treten in Talkshows auf und schreiben unter ihrem Namen Artikel; die Initiative entwickelt zielgruppenspezifische Internetauftritte und Unterrichtsmaterialien für Lehrer, platziert Anzeigen, organisiert Veranstaltungen und Medienpartnerschaften mit Journalisten, Zeitungen und Fernsehsendern. Ein in 2005 gegründeter gemeinnütziger Förderverein kümmert sich um das „Verständnis der Bürger für wirtschaftliche Zusammenhänge“ und eine Tochtergesellschaft erhält jährlich 20 Millionen Euro, um die Einstellung der Öffentlichkeit zu marktwirtschaftlichen Reformen zu verändern.

Das Salz in der Suppe

Wir können die Geschichte nicht vorhersagen; sie wird von uns Menschen gestaltet – auch von uns in der INWO. Wir leben in einer Zeit rascher Veränderungen. Die Geschwindigkeit des Wandels bringt an verschiedenen Stellen immer wieder Chaos hervor und im Chaos öffnen sich immer viele Tore zu ganz neuen Möglichkeiten.

Momentan sind unsere Möglichkeiten noch bescheiden. Trotzdem können wir unsere Arbeit weiter professionalisieren. Engagement und Kompetenz unserer vielen Aktiven sind eindrucksvoll und wiegen schwerer als ein Budget von 100 Millionen Euro. Früher oder später wird unser destruktives Geldsystem die Welt in eine noch größere Krise stürzen. Deshalb zeigen wir allen Menschen, die wir erreichen, den Ausweg auf. Wir arbeiten weiter und freuen uns über jeden einzelnen, der dabei ist und unsere große Sache unterstützt.



Prof. Dr. phil. Dr. rer. pol. **Wolfgang Berger** ist 1. Vorsitzender der INWO Deutschland. Er hat in Frankreich und den USA Philosophie und VWL studiert und in Deutschland in beiden Fächern promoviert. Zwanzig Jahre war er Manager in Europa, Lateinamerika und Asien und neun Jahre BWL-Professor in Deutschland, bevor er das Business Reframing Institut gegründet hat.

Grundeinkommen für alle?

Technische Intelligenz und entsprechend gestiegene Produktivität haben in greifbare Nähe gerückt, was die Menschheit seit langem erträumt: durch ein Grundeinkommen von materieller Existenzangst befreit sich selbstbestimmt betätigen zu können. Mit unterschiedlichen Begriffen und Inhalten (Mindesteinkommen, negative Einkommensteuer, Bürgergeld, Grundsicherung, bedingungsloses Grundeinkommen) wird hierüber eine zunehmend breite und kontroverse öffentliche Diskussion geführt.

Kritische Fragen drängen sich in der Tat auf, und zwar nicht nur zur Finanzierung, sondern auch grundsätzlicher Art: Wie können wir Menschen mit solcher Freiheit umgehen? Wo bleibt die Leistungsgerechtigkeit? Werden wir vollends abhängig vom Staat und wird sich dieser nach außen umso härter abschotten?

Über Freiheit und Menschenwürde bis hin zu Erziehungsrente, Ökoulage und Trennung von Arbeit und Einkommen haben die veranstaltenden Organisationen schon bisher ähnliche Vorstellungen wie die Mitglieder des Netzwerks Grundeinkommen. Zu klären, wie sich die jeweiligen Anliegen zusammenfügen und inhaltliche wie strategische Kooperationen ermöglichen, stellt sich als lohnende Aufgabe. Deshalb liegt es nahe, die traditionelle Birkenwerder CGW/INWO-Tagung in diesem Jahr dem Thema „Grundeinkommen“ zu widmen und sie zusammen mit prominenten Befürwortern dieser Idee durchzuführen.

- Günther Moewes, emeritierter Professor für Industrialisierung des Bauens, beschäftigt sich seit 25 Jahren mit den Zusammenhängen zwischen leistungsloser Geldvermehrung und Arbeit, was seine Bücher „Weder

Hütten noch Paläste“ (1995) und „Geld oder Leben“ (2004) belegen.

- Ralf Welter ist Vorsitzender der Katholischen Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Aachen, die ein eigenes Grundeinkommensmodell vorgelegt hat, und Verfasser einschlägiger Publikationen, u.a. des Buches „Solidarische Marktwirtschaft durch Grundeinkommen“ (2003).
- Ronald Blaschke ist Philosoph und Sozialwissenschaftler, Sprecher des Netzwerks Grundeinkommen und Autor der Studie „Garantierte Mindesteinkommen. Aktuelle Modelle von Grundsicherungen und Grundeinkommen im Vergleich“ (www.archiv-grundeinkommen.de/blaschke/synopse.pdf).

Programm

Donnerstag, 17. Mai 2007

- 18.30 Uhr Abendessen
20.00 Uhr Begrüßung und Vorstellungsrunde



Freitag, 18. Mai 2007

- 8.00 Uhr Frühstück
9.00 Uhr Grundeinkommen – eine Idee mit langer Vorgeschichte, Prof. Dr. Roland Geitmann
10.00 Uhr Befreiung von Qualarbeit – Jahrtausendtraum der Menschheit, Vortrag und Gespräch mit Prof. em. Günther Moewes, Dortmund
12.30 Uhr Mittagessen mit anschließendem Kaffee
15.00 Uhr
 - Frei tätig oder ruhig gestellt? – Chancen freier Tätigkeitsentfaltung, Ralf Welter
 - Grundeinkommen mit Arbeitspflicht oder bedingungslos? Ronald Blaschke
 - Gespräche über Einwände und Bedingungen, Moderation: Prof. Dr. Roland Geitmann

18.30 Uhr Abendessen
20.00 Uhr Beiträge von Teilnehmerinnen und Teilnehmern

Sonnabend, 19. Mai 2007

- 8.00 Uhr Frühstück
9.00 Uhr Aktuelle Modelle des Grundeinkommens Vortrag, Beitrag und Aussprache, Ronald Blaschke und Ralf Welter
12.15 Uhr Einteilung der Arbeitsgruppen
12.30 Uhr Mittagessen mit anschließendem Kaffee
15.00 Uhr Arbeitsgruppen
 - AG 1: Finanzierungsmöglichkeiten, Alwine Schreiber-Martens, R. Blaschke
 - AG 2: Grundeinkommen und solidarische Marktwirtschaft, R. Welter
 - AG 3: Schrittweise Annäherung und andere Reformprojekte, R. Geitmann, G. Moewes

17.00 Uhr Plenum, Berichte aus den AGs und Aussprache
18.30 Uhr Abendessen
20.00 Uhr „Sich fügen heißt lügen“ – Ein Erich-Mühsam-Portrait mit Liedern und Texten, Klaus Hugler und Isabel Neuenfeldt

Sonntag, 20. Mai 2007

- 8.00 Uhr Frühstück
9.00 Uhr Ergänzung, Kooperation und Umsetzungsstrategien Podiumsgespräch mit allen Referenten und Aussprache, Moderation: R. Geitmann
11.30 Uhr Schlusswort
12.00 Uhr Mittagessen, Kaffee, Abreise

Organisatorisches

Anmeldung und Tagungsgebühr

Anmeldung bis Freitag, 12. Mai 2007, bei: Werner Onken, Steenkamp 7, 26316 Varel, Tel.: 04451/85714 oder 956480
E-Mail: redaktion-onken@web.de
Die Tagungsgebühr beträgt 30,- € pro Person (10,- € für Studierende, Auszubildende, Arbeitslose und Tagesgäste). Sie ist mit der Anmeldung einzuzahlen auf das Konto der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung Nr. 102 33 00 bei der GLS-Gemeinschaftsbank (BLZ 430 609 67).

Übernachtung und Verpflegung

Das Gästehaus des Karmelitenklosters bietet 29 Einzel-, 10 Doppel-, 3 Dreibett- und 1 Vierbettzimmer. Pro Person kostet eine Übernachtung 15 € und die Vollverpflegung pro Tag 20 € – für die gesamte Dauer der Tagung zusammen 105 Euro (bei der Ankunft im Sekretariat des Gästehauses zu bezahlen). Studierende (bis 30 J.), Auszubildende und Arbeitslose können einen Zuschuss bis zu 40 € bekommen.



Für die Unterstützung dieser Tagung danken die Veranstalter der Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung (Hamburg)

Grundeinkommen als Grundpfeiler der INWO?

Ein „bedingungsloses Grundeinkommen“ (BGE) geistert durch die Presse. Von den einen wird es freundlich kommentiert, von den anderen belächelt oder heftig abgelehnt. Wenn sich dazu ein charismatischer Befürworter wie Götz Werner findet, zu dessen Vorträgen „inzwischen Tausende pilgern“, muss selbst der Spiegel berichten (Spiegel 1/2007, S. 62/63).

Was ist dran am BGE? Ist es wirklich die einzige Hoffnung für ein Leben ohne Angst vor Erwerbslosigkeit? „Genaugenommen ist das Thema nicht völlig neu“, heißt es im Spiegelartikel. Leider hat der Autor aber nicht umfassend recherchiert, sonst wäre er vielleicht auf die Bodenreformbewegung des 19. Jahrhunderts gestoßen. Schon der bedeutende Sozialreformer Henry George (1839-1897) schlug die Erhebung einer Steuer zur Abschöpfung

der Bodenrente vor, die dem privaten Eigentümer von Grund und Boden leistungslos zugeflossen ist. Silvio Gesell entwickelte aus dem Bodenreformgedanken die Idee des „Müttergeldes“. Die abgeschöpfte Bodenrente sollte nach der Zahl der Kinder an die Mütter ausbezahlt werden. Dies erschien ihm logisch, da die Kinderzahl die Höhe der Bodenrente wesentlich beeinflusst.

noch das Grundstück selbst sein soll, nicht mehr die Bauwerke darauf. Durch die volle Rückverteilung der abgeschöpften Bodenrente wird das Menschenrecht auf gleiche Teilhabe und Zugang zum Boden realisiert (ausführlich dargestellt in Heft Nr. 257 der Schriftenreihe „Fragen der Freiheit“ des Seminars für freiheitliche Ordnung, Badstr. 35, D-73087 Bad Boll, www.sffo.de). Andres' Vorschläge sind insofern besonders interessant, weil er das Modell der Pro-Kopf-Rückverteilung auch auf andere Naturgüter ausdehnen will.

„Die Fairconomy darf nicht als nur auf zwei Grundpfeilern – Geld- und Bodenreform – aufbauend betrachtet werden. Es gehört noch einiges mehr dazu.“

Dabei ergibt sich vielfach das eine aus dem anderen. So kann die Bodenfrage nicht mehr isoliert betrachtet werden. Die Frage der Naturerhaltung für künftige Generationen stellt sich ebenso dringend. Es geht nicht nur um die gute fruchtbare Erde, um Bautätigkeit und Stadtplanung, sondern auch um die Verfügung über Bodenschätze, Wasser und Luft. Wer darf sie nutzen, wer verbrauchen? Wie ist eine gerechte Verteilung möglich? Eine Bodenreform allein würde hier nicht greifen. Beim Eigentum an allen nicht durch menschliche Arbeit vermehrbaren Naturgütern entsteht die Möglichkeit eines ökonomischen Vorteils ohne eigene Leistung, die „Knappheitsrente“. Es ist ein Gebot der sozialen Gerechtigkeit, diese Rente als Grundeinkommen an alle Menschen gleichmäßig zu verteilen. Unter der etwas sperrigen Bezeichnung „Ressourcengestütztes Grundeinkommen“ stellte Alwine Schreiber-Martens dieses Modell in FAIRCONOMY Nr. 2/r-evolution Nr. 26 vom September 2005 ausführlich dar. Demnach



Die Idee eines an einem hundert Jahre alten Frauenbild orientierten Müttergeldes war ein Schritt hin zu einem Grundeinkommen, für eine Personengruppe, die zwischenzeitlich oder längerfristig nicht selbständig erwerbstätig sein kann.

Später konnte natürlich eine Diskriminierung liebevoll miterziehender oder alleinversorgender Väter nicht mehr aufrechterhalten werden. Die Nachfolger Gesells entwarfen daher das Modell eines Erziehungsgeldes, das Eltern oder Alleinerziehenden für alle Kinder und Jugendlichen – wie bei Gesell ohne Ausnahmen – gezahlt werden sollte.

Verbindung von Grundeinkommen und Ressourcenschutz

Eine weitere Anpassung an moderne Zeiten stellt der Vorschlag von Fritz Andres dar, die gegenwärtige Grundsteuer in eine reine Bodensteuer umzuwandeln, deren Bemessungsgrundlage nur

Durch die Weiterentwicklung der „Mütterrente“ wird das Recht eines jeden Menschen auf gleiche Teilhabe und Zugang zum Boden realisiert

wird entweder die Menge, die verbraucht werden darf, (vgl. Kyoto-Protokoll) oder ein Preis für die Nutzung (ähnlich der Ökosteuer) festgelegt und versteuert sowie anschließend zurückverteilt.

Wie unser Anliegen vermitteln?

In der INWO sollte darüber nachgedacht werden, warum ein Grundeinkommen aus der Besteuerung des Bodens und seiner Schätze, ein „ressourcengestütztes Grundeinkommen“ (RGGE), die Menschen bislang nicht annähernd so zu begeistern vermag wie z.B. das Mehrwertsteuer-finanzierte „bedingungslose Grundeinkommen“ (BGE) nach Götz Werner. Das liegt neben Werners Renommee als erfolgreicher Unternehmer und der größeren Finanzkraft sicher sehr an seiner sympathischen Ausstrahlung und seiner Fähigkeit, sich einleuchtend und in die Zuhörerinnen und Zuhörer einführend auszudrücken.

Andererseits ist es wohl auch darauf zurückzuführen, dass Bodeneigentum als sehr erstrebenswert angesehen und sein Monopolcharakter nicht mehr hinterfragt wird. Lediglich bedauert man, dass Grund und Boden besonders in den dichtbesiedelten Regionen immer knapper und teurer wird. Das über 100 Jahre alte Gedankengut der Bodenreformer wird trotzdem als antiquiert eingestuft. Höchstens der Kampf der Landlosen gegen die Großgrundbesitzer in ihren Ländern erntet etwas Verständnis.

Zielsetzung der INWO – eine Zukunftsfrage

Inzwischen ist allgemein anerkannt, dass weltweit alle Lebensgrundlagen, und das sind nicht nur der landwirtschaftlich nutzbare Boden und das Trinkwasser, extrem bedroht sind. Selbst saubere Atemluft wird knapp, ganz abgesehen von allen Naturschätzen, die zwar vielfach in absehbarer Zeit zur Neige gehen, aber weiterhin ausgebeutet, zerstört und vergiftet werden.

Die Verteilung der Knappheitsrenten an alle ist eine Frage ausgleichender Gerechtigkeit.

Der Leistungsanreiz und die Freude, die selbst verdientes Geld im allgemeinen mit sich bringt, wären nicht tangiert. Arbeitslosenunterstützung und Sozialhilfe fallen nicht automatisch weg.

Zu vermitteln wäre, dass das ressourcengestützte Grundeinkommen soziale Gerechtigkeit und Umweltschutz verbindet und auch noch den nachfolgenden Generationen nützt. Allein schon dieser Programmpunkt der Fairconomy könnte vielen Menschen einleuchten. Er könnte auch in anderen Zusammenhängen eine Wirkung entfalten, auch wenn erst das „fließende Geld“ die andauernde Umverteilung von Arm zu Reich beenden und eine Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit unter allen Arbeitssuchenden ermöglichen würde.

Die INWO sollte sich deshalb einmal ihr Ziel vergegenwärtigen. Auf eine ganz einfache Formel gebracht lautet es: Wir wollen unsere Mitgliederzahl und damit unseren Einfluss so steigern, dass in Politik und Wissenschaft niemand mehr die freiwirtschaftliche Meinung unbeachtet und unberücksichtigt lassen kann – sei das nun ein Götz Werner, der Spiegel oder andere. Also, das Konzept der INWO soll in nicht allzu ferner Zukunft allgemein bekannt werden und nach öffentlichen Diskussionen über die demokratischen Parteien oder durch direkten Volksentscheid in die Gesetzgebung einfließen.

Die Anzahl der Mitglieder in freiwirtschaftlichen Organisationen und der Sympathisanten ist größer geworden. Jetzt ist es an der Zeit, den Mut aufzubringen und sich umzuwenden nach größeren Diskussionsforen. Es ist realistischer geworden, Verbündete zu finden, die sich für die Fairconomy, oder Teile daraus, begeistern können.



Wera Wendnagel (geb. Höll):

Geb. 1931, neben Berufstätigkeit, Kind und Altenpflege Studium der Erziehungswissenschaft mit Schwerpunkt Lernbehindertenpädagogik. 12 Jahre ehrenamtlich im Vorstand der INWO tätig. Redakteurin der FAIRCONOMY und INWO-Ehrenvorsitzende.



Zielsetzung der INWO sollte sein, die Natur auch für künftige Generationen zu erhalten

Zitat aus dem Sonderheft der FAIRCONOMY, Seite 13:

Ein Grundeinkommen für alle ist möglich!

Abschöpfungen des Bodenwertes (...) sollten als gleich hohe Pro-Kopf-Beiträge wieder an die Bürger zurückfließen. Auf diese einfache Weise würde jeder Bürger den gleichen Anteil am Boden und seinen Schätzen haben, wie das bei Licht und Luft, und eingeschränkt auch beim Wasser, auch heute noch der Fall ist. Das heißt, jeder Mensch zahlt in dem Umfang, wie er Naturgüter und Bodenschätze gebrauchend oder verbrauchend in Anspruch nimmt. Er erhält aber auch aus den Einnahmen einen für jeden gleichen Teil als Grundeinkommen zurück. Ein schonender Umgang mit Umweltgütern würde also belohnt.

Helmut Creutz

Das ressourcengestützte Grundeinkommen

Eine „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“, das ist es, was uns vorschwebt; weder Kommunismus noch Kapitalismus, sondern ein Dritter Weg! Ein bedingungsloses Grundeinkommen könnte eine Vorstufe dazu sein. Es kommt auf die Art der Finanzierung an.

Im heutigen Wirtschaftsleben ist der Kapitalismus scheinbar unzertrennlich mit der Marktwirtschaft verbunden, siamesischen Zwillingen gleich. Trauen wir uns zu, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu trennen? Und traut uns die Gesellschaft eine solche Operation zu? Sind Erkenntnis und Bewusstsein so weit fortgeschritten, dass die Zeit reif ist für einen grösseren Wandel?

Eine Vorstufe könnte das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) bilden. Immer mehr Leute philosophieren, diskutieren und streiten darüber, auch in politischen Gremien wird es salonfähig. Das Grundeinkommen hat das Potential, emotional zu bewegen. Dadurch kann Grundlegendes ins Rollen gebracht werden. Das BGE könnte Freiräume schaffen. Es ist also auf den ersten Blick eine interessante Herausforderung.

Postwendend kommt jedoch die Frage, was denn ein Grundeinkommen wert ist, wenn unsere Lebensgrundlagen auf der Strecke bleiben. Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen war gemäss Jared Diamond (Autor von „Kollaps“) die Hauptursache für den Untergang auch früherer Hochkulturen.

Was liegt also näher, als diese beiden Bereiche zusammenzubringen und daraus ein „ressourcengestütztes Grundeinkommen“ (RGGE) zu machen? (Siehe Alwine Schreiber-Martens: „Ein Grundeinkommen für alle – aus Abgaben für die Nutzung der Naturressourcen“) Das RGGE bietet eine optimale Verbindung eines sozial gerechten Grundeinkommens mit umweltgerechten Ökosteuern.

Die meisten Anhänger des BGE wollen mit seiner Einführung gleichzeitig einen Wandel von dem jetzt einkommensbasierten hin zu einem konsumbasierten Steuersystem erreichen. Der Vorschlag, zur Finanzierung des



Hier werden Abgaben für Verschmutzung von Boden, Wasser und Luft sowie für Energieverbrauch fällig.

BGE die Mehrwertsteuer drastisch zu erhöhen und dafür andere Steuern zu senken oder abzuschaffen, lässt bei manchen aber auch ein ungutes Gefühl aufkommen. Geht es nun um eine gerechtere Verteilung oder um eine ge-

„Ein ressourcengestütztes Grundeinkommen vereinigt die sozialen Gedanken des bedingungslosen Sockeleinkommens mit einer ökologisch und ökonomisch korrekten Finanzierung.“

schickt verpackte Unternehmer-Steuerreform oder Exportförderung? Soll mit dem BGE der Niedriglohnsektor ausgebaut und der Sozialstaat abgebaut werden?

Die aus permanentem Wirtschaftswachstum, steigendem Wettbewerbsdruck und Umverteilungseffekten bei Kapital- und Bodeneigentum resultierenden Probleme bleiben bei dieser Art der Finanzierung des BGE weiter bestehen. Anreize zur Erhaltung der Lebensgrundlagen (erneuerbare Energieformen, nachhaltige Nutzung der Naturressourcen etc.) werden vergeblich gesucht. Können wir uns eine solch grosse Reform leisten, ohne den Schutz der Natur mit einzubeziehen?

Beim RGGE wird die Hauptfinanzierungslast dagegen von Boden-, Energie- und Natur-

ressourcenabgaben getragen. Außerdem können leistungslose Einkommen abgeschöpft bzw. durch eine Gebühr auf Geldhaltung von vornherein verhindert werden. Die daraus resultierenden Einnahmen werden über das Grundeinkommen an alle zurückverteilt. Ergänzend können Luxus- und Mehrwertsteuern zur Finanzierung der restlichen Staatsaufgaben wie Bildung, Bauwesen, Friedensarbeit etc. herangezogen werden.

Bei den Abgaben für Boden, Energie und Verschmutzung (Wasser, Luft etc.) sind Umsetzungsmodelle bekannt und in Diskussion. In Bezug auf das Geld sind neben Vorschlägen (Tobin-Steuer, Umlaufsicherung) auch bereits konkrete Modellversuche vorhanden (Komplementärwährungen), die in Zukunft verhindern helfen, dass einige wenige auf Kosten vieler leistungslose Einkommen erzielen.

In einer ersten Stufe könnte eine Abschöpfung von Kapitalgewinnen und Erbschaften realisiert werden. Im Endausbau sollen dann mit einer Umlaufsicherung leistungslose Kapitalgewinne bei einem Zins um Null stark reduziert werden.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass ein ressourcengestütztes Grundeinkommen für eine gerechtere Verteilung sorgt, Freiräume schafft, ein nicht zu unterschätzendes Aufbruchpotential beinhaltet – und dazu noch mithilft, unsere natürlichen Lebensgrundlagen nachhaltig zu schützen!



Pierre Güntert geb. 1958, Präsident der INWO Schweiz, Ausbildung als Physiklaborant, Ingenieur und Betriebswirtschaftler. Aktiv in den Bereichen Erneuerbare Energien und Ökologisches Bauen.

Das bedingungslose Grundeinkommen (BGE) – Widerspruch und Befürwortung

Die Standpunkte der Freiwirtschaftler zum BGE sind im Moment widersprüchlich. Da die Ablehnung leistungsloser Einkommen, beispielsweise aus Grund- und Kapitalbesitz, ein zentraler Punkt der Fairconomy ist, liegt es für viele nahe, quasi im Umkehrschluss, das Erbringen von Leistung als Voraussetzung für Einkommen zu erheben. Hier einige Argumente pro und contra BGE.

Prof. Johannes Heinrichs:*

Allem gegenteiligen Gerede von unserer angeblichen „Leistungsgesellschaft“ zum Trotz würde es auch bei einem Grundeinkommen oberhalb des Sockels der Grundversorgung keineswegs echte Leistungsgerechtigkeit geben. Es drängt sich im Gegenteil der Verdacht auf, die ganze Idee der Grundversorgung sei eine weitere Finte des Kapitalismus, die Menschen durch Brot und Spiele zu sedieren, die für den Verwertungsprozess des Kapitals nicht mehr benötigt werden, es sei denn als Konsumenten.

Was ist mit den vielen Menschen, deren Teilhabe durch Arbeit gar nicht erwünscht und erfordert ist? Warum wird die Arbeit nicht vielmehr verteilt durch radikale Arbeitszeitverkürzung? Das hieße: Verteilung des Privilegs auf aktive und vergütete Teilhabe am Gemeinwesen – statt Auseinanderdriften der Gesellschaft in bloße Sozial-Leistungsempfänger und aktive Teilhaber. Müsste nicht empfangende Teilhabe durch aktive Teilgabe die Parole sein?

Die Vertreter des Konzepts Grundeinkommen ohne Arbeit beteuern, es gäbe nicht genug Arbeit. – Richtig ist, es gibt nicht genug verfügbares Geld für Unmengen von Arbeiten, die getan werden müssten, sollten, könnten. Dennoch wird in politischen Talkshows noch immer behauptet, es gäbe keine Arbeit mehr. Das mag für die betriebswirtschaftliche Kalkulation gelten. Volkswirtschaftlich ist es pure Unwahrheit.

Viele unangenehme Routinearbeiten werden aber auch in der schönen neuen Welt des Grundeinkommens und der angeblich neuen Auffassung von Arbeit als kreativem Bedürfnis getan werden müssen.

Ein Großteil dieser Tätigkeiten wird weiterhin allein um des Geldes willen geleistet werden – solange der Geist der Gesellschaft der alte ist. Entweder herrscht der Geist des Kapitalismus oder der des Dienens. Das neue Paradigma (dass es um Einkommen, nicht um Arbeit gehe) ändert an diesem Geist nicht das Geringste.

Das freiwirtschaftliche „Grundeinkommen“ wird unter dem ökologischen Aspekt thematisiert: Der Boden und alle Naturgüter (Luft, Wasser, Öl, Gas und andere Bodenschätze) sollen konsequent als Güter der ganzen Rechtsgemeinschaft so verwaltet werden, dass sie zwar privatwirtschaftlich genutzt werden, jedoch nicht zu Spekulation und Erpressung dienen können. Dies unterscheidet es markant von der gängigen Diskussion um das Grundeinkommen ohne Arbeit.

Stephan Kunding und Theo Wonneberger:

Kaum jemand unter den Grundeinkommensbefürwortern dürfte dem widersprechen. Doch rechtfertigt dies eine Ablehnung des BGE?

Das BGE als Finte des Kapitalismus? Wenn da etwas dran wäre, hätten vermutlich Organisationen wie der BDI an vorderster Front für das BGE gekämpft und es längst durchgesetzt. Aufgrund der dramatisch gestiegenen Produktivität ist es inzwischen nicht nur unnötig, sondern schlicht unmöglich, dass Arbeit im hergebrachten Sinn die Grundlage der Existenzsicherung bildet.

Tatsächlich sollte es Ziel jeder fortschrittlichen Politik sein, die Teilhabe aller an der Gesellschaft zu gewährleisten. Aber könnte die Teilhabe nicht auch über andere Tätigkeiten auf Basis eines BGE erfolgen? Warum darf an die Stelle eines als „aktive Teilgabe“ verklausulierten Arbeitszwanges nicht die „freiwillige Teilgabe“ treten?

Richtig: Es fehlt an Geld. Genauso richtig ist auch: Es gibt nicht genug bezahlte Erwerbsarbeit, sonst wäre ja keiner arbeitslos. Selbstverständlich sehen die Befürworter des BGE die leeren Kassen und stellen sich die Frage, wer die Zeche am Ende zahlen soll. Die Suche nach einer Lösung für das Finanzproblem der Gemeinschaft, ist denn auch die große Schnittstelle zwischen Geldreformbewegung und der übrigen Linken.

Niemand glaubt, dass unangenehme Routinetätigkeiten in einer Gesellschaft mit BGE als „freudiger Dienst“ geleistet werden. Selbstverständlich müssten unangenehme Arbeiten dann entsprechend gut bezahlt werden.

Beim Versuch, die Menschen zu ändern, sind bereits diverse realsozialistische Systeme grandios gescheitert. Ein zukunftsweisendes, erfolgversprechendes System muss die Menschen nehmen, wie sie sind; es muss ihnen die Chance geben, aus sich heraus ihre positiven Seiten zu kultivieren.

Durch die Auflösung von Existenzängsten würde das BGE ein entspannteres gesellschaftliches Klima schaffen, in dem es sehr viel leichter wäre als heute, die Realisierung der Geld- und Bodenreform voranzutreiben.

Die auch von Heinrichs zu Recht geforderte Bodenreform passt nahtlos ins Konzept und verleiht dem Begriff GRUND-Einkommen noch eine ganz andere Bedeutung.

* Der vollständige Text von Johannes Heinrichs ist unter dem Titel „Die Lösung oder neoliberale Opium für das Volk?“ in der Zeitschrift Humanwirtschaft 4/2006 nachzulesen.

Medienstelle für die INWO Schweiz

Die INWO und ihre Freunde sind sich einig: Wir brauchen eine Geldreform, je schneller, desto besser. Was aber nützt es, wenn die breitere Öffentlichkeit nichts davon mitbekommt? Noch ist der Tenor der meisten Medien derselbe: Die Wirtschaft wächst, die Wirtschaft soll weiterwachsen, die Renditen für angelegtes Geld sollen hoch sein, sie sollen uns einen gemütlichen Lebensabend ermöglichen.

Kaum einmal liest man auf der Wirtschaftsseite kritische Berichte. Wer die Presse nach gewissen Schlagwörtern durchsucht, findet vorwiegend deutsche oder österreichische Artikel, welche die heutigen neoliberalen Bestrebungen hinterfragen. Während Deutsche bis vor kurzem noch über den allmählichen Niedergang der Wirtschaft lamentierten, jubeln die Schweizer, es gehe wieder aufwärts. Sind unsere Journalisten denn tatsächlich blind, was die Tendenzen der Wirtschaft betrifft? Oder sind sie alle von der Hochfinanz bezahlt?

„Das kann man ändern“, sagte sich der INWO-Vorstand Schweiz bei seiner letzten Sitzung. Er beschloss, eine Fünfzigprozent-Stelle für Medienarbeit zu schaffen. Die Aufgabe der Medienbeauftragten wird sein, die INWO und ihre Ideen bekannter zu machen. In erster Linie wird es jedoch einmal darum gehen, über Medienberichte, Interviews und Pressemitteilungen die Zeitungslesenden wach zu rütteln, ihnen zu sagen, dass unser kapitalistisches Wirtschaftssystem – wenngleich aus dem Kalten Krieg als das siegreiche hervorgegangen – nicht unbedingt das bestmögliche und schon gar nicht das einzig denkbare ist. Mit einer neuen Stimme wollen wir in die öffentliche

Diskussion, den bisher einstimmigen Chor der Rufer nach Wirtschaftswachstum, einfallen und die Tonlage des Konzertes damit verändern. Die Autorin dieser Zeilen steht bereit, dies zu versuchen. Sie will sich dafür einsetzen, den kritischen Tönen in der Welt draussen Gehör zu verschaffen.

Was der INWO Schweiz für die Medienstelle als Einziges noch fehlt, ist das Geld. Deshalb werden jetzt Gesuche für das „Medienprojekt“ geschrieben und an diverse Stiftungen verschickt. Wir wünschen uns alle, dass die Finanzierung der Medienstelle noch vor dem grossen Dollarcrash zu stehen kommt.



Sabine Heusser Engel
Mitarbeiterin Kommunikation INWO Schweiz



GönnerInnenaufruf

Weiterarbeit für eine lebenswerte Zukunft

Jahrzehnte des Engagements erfolgreich weitergeben und die Ideen und Denkanstösse der Freiwirtschaft so für die Nachwelt erhalten – ein prüfenswertes Anliegen! Vielen Freiwirtschaftlern ist es ein grosses Anliegen, eine Welt zu hinterlassen, in der nachfolgende Generationen ihr Leben frei und unter verbesserten Voraussetzungen leben können.

In der Schweiz ist die INWO die Organisation, die den Samen der Freiwirtschaft für die nachfolgenden Generationen aktiv erhalten kann.

Mit einer Unterstützung zugunsten der INWO können Sie zur Erhaltung und Weiterentwicklung des freiwirtschaftlichen Gedankengutes massgeblich beitragen.

Unterstützungsmöglichkeiten

- mit einem Gönnerbeitrag von 200.- SFr jährlich nach Erhalt der Unterlagen
- mit einem einmaligen Beitrag von 3'000.- SFr für eine lebenslange Mitgliedschaft
- mit einer monatlichen Spende ab 100.- SFr bis auf Widerruf
- mit einem Legat – der Hinterlassenschaft für die Zukunft! Wenn Sie die INWO mit einem Legat oder einer Erbschaft beschenken, ermöglichen Sie die aktive Weiterarbeit für eine gerechtere Zukunft.

Wir freuen uns über Ihre Kontaktaufnahme.

INWO Schweiz, Postfach, 5001 Aarau. Tel.: 062 822 84 86, E-Mail: contact@inwo.ch

Generalversammlung INWO Schweiz 2007

Die Generalversammlung der INWO Schweiz findet dieses Jahr – wieder gemeinsam mit der GV des Vereins Talent – am Samstag, den 21. April 2007 im „Alten Spital“ Solothurn statt.

Neben der eigentlichen GV sind wieder Kultur, ein Talentmarkt und genügend Zeit und Raum für Austausch und Kontakte geplant.

Wir freuen uns auf viele Mitglieder! Eine separate Einladung folgt Anfang März und auf www.inwo.ch/Termine

Zeit: 10 Uhr bis ca. 16 Uhr

Ort: Altes Spital Solothurn / Kultur & Kongresse, Oberer Winkel 2, 4502 Solothurn (gute Erreichbarkeit mit ÖV)

Zinsbombe in der Schweiz?

Informationen zu Aktionen der INWO Schweiz

Ende 2006 hat sich die INWO zum Ziel gesetzt, sich im Jahr 2007 auf drei grössere und drei kleinere Aktionen zu konzentrieren. Diese so genannten A- und B-Schwerpunkte sind aus einer langen Liste von wünschbaren Massnahmen vom Vorstand Plus ausgewählt worden. Bei den A-Schwerpunkten handelt es sich um die „Zinsbomben-Aktion“, einen grösseren Event im Herbst sowie weitere Einführungsveranstaltungen in Anlehnung an jene in Zürich im November 2006.

Bei der Zinsbomben-Aktion geht es um eine „schweizerische“ Version der Zinsbombe, wie sie bereits von der INWO D eingesetzt wird. Obwohl auch eine gewisse Skepsis gegenüber dem „Zinsbombenprojekt“ spürbar ist, möchten wir die Aktion als ein Symbol für das „explosive“ Schuldenwachstum lancieren. Ziel ist nicht ein möglichst aggressives und militantes Auftreten – wir werden ja als INWO die Bombe entschärfen, nicht zünden!

Die Aktion soll die Aufmerksamkeit der INWO in der Öffentlichkeit potenzieren. Die „schweizerische“ Version könnte jedoch im Unterschied zur deutschen (siehe Foto) auch farbig oder mit Geldscheinen geschmückt sein. Eventuell wird die Bombe auch durch ein anderes Symbol, etwa einen riesigen Vulkan, ersetzt!

Beim Herbst-Event möchten wir einen grösseren Anlass gemeinsam mit Partnerorganisationen bestreiten. Neben einem grossen Talentmarkt sind auch ein Weltsicht-Festival, ein Regionaler Wirtschaftskongress, eine Oikos-Tagung oder ein Demokratietag als Varianten im Gespräch. Wir möchten uns im 1. Quartal 2007 auf einen Event konzentrieren und diesen dann im Herbst medienwirksam über die Bühne bringen. Bei den Einführungsveranstaltungen wird über offene Fragen vor allem Personen, die die INWO noch nicht kennen, das Gedankengut zu Geldsystem- und Bodenproblematik näher gebracht. Die erste dieser Veranstaltungen vom November 2006 in Zürich hat tolle Feedbacks und einige Neumitglieder ergeben.

Bei den B-Schwerpunkten wollen wir uns auf die Vernetzung mit wenigen grossen Partnern, die interne Weiterbildung und das Objektmarketing konzentrieren. Die grosse Vorarbeit in der Vernetzung der letzten Jahre soll in ein paar wenigen, aber durch starke Bande gekennzeichneten Kontakten seine Fortsetzung finden (z.B. Denknetz, Grüne, Caritas etc.). Beim Objektmarketing geht es vor allem um geschicktes Werbematerial, von Bierdeckeln über Kleider und Hüte bis zu Kugelschreibern und Kalendern. Dies ist eine noch nicht vollständige Auswahl. Wir müssen uns dann auch wieder auf ein paar Sachen beschränken. All dies braucht einen gewichtigen Teil unserer finanziellen und menschlichen Ressourcen, wobei daneben auch die Vereinsbetreuung selber, die revo-Zeitschrift, die Leitbild- und Lesegruppe parallel weiterlaufen.

Die Konzentration auf 3 Haupt- und 3 Nebenschwerpunkte erlaubt aber auch den gezielten Einsatz und die Unterstützung, sei es nun mit Manpower, Vergünstigungen oder finanziellen Zuwendungen. Falls Sie eine dieser Aktionen speziell anspricht, zögern Sie also nicht, sich bei uns zu melden und Ihre Unterstützung anzumelden. Zum Voraus besten Dank.

Pierre Güntert
Präsident der
INWO Schweiz



Auf den Spuren von Monopoly ...

Kaum einer kennt es nicht, es ist eines der erfolgreichsten Brettspiele, das in 26 Sprachen erhältlich ist und in über 80 Ländern verkauft wird: Monopoly. Aber wussten Sie auch, dass das Spiel einen bodenreformerischen Hintergrund hat?

Lange galt Charles Darrow als der alleinige Erfinder von Monopoly – doch mittlerweile konnte man nachweisen, dass die Ursprünge von Monopoly auf das Spiel „The Landlord's Game“ zurückgehen, das eine junge amerikanische Quäkerin namens Elizabeth Magie Phillips (1866-1948) entwickelt hat. Sie kam aus Virginia und war Anhängerin der von dem US-Ökonom Henry George entworfen „Single Tax“, wonach eine Steuer auf Grund und Boden erhoben werden sollte, damit jedem Menschen eine gleiche Teilhabe an den Geschenken der Natur ermöglicht wird.



Um die Ideen einem größeren Publikum näher zu bringen, entwickelte sie das sozialkritische Brettspiel und ließ es 1904 vom US-Patentamt patentieren. In ihrem Spiel wollte Elizabeth Magie demonstrieren, wie falsches Bodenrecht zu einer Polarisierung von Armut und Reichtum führt.

Lange Zeit gelang dem Spiel kein Durchbruch. Man vermutet, dass der arbeitslose Heizungsbauer Charles Darrow das Spiel 1933 kennen lernte. Er veränderte es und investierte sein letztes Geld, um 5.000 Stück produzieren zu lassen. Eine folgenreiche Entscheidung – denn Monopoly hat Charles Darrow am Ende vom arbeitslosen Heizungsbauer zum Millionär gemacht und auch der Firma Parker Brothers, die die Rechte an dem Spiel erwarb, einen reichen Geldsegen beschert. Einzige große Verliererin dabei war Elizabeth Magie: Parker Brothers kauften ihr die Rechte für nur 500 Dollar ab und ihr sozialkritisches Anliegen geriet in Vergessenheit. Bis heute wurde Monopoly 200 Millionen Mal verkauft und von etwa 550 Millionen Menschen auf der ganzen Welt gespielt.

Doch was fasziniert die Menschen an einem solchen Spiel, das zum Inbegriff des Kapitalismus wurde und doch so deutlich macht, dass es am Ende eines solchen Systems nur maximal einen Gewinner gibt und alle anderen Mitspieler aufgeben müssen? Weshalb ist das Anliegen von Magie so untergegangen? Eine spannende Frage. Werner Onken schrieb diesbezüglich in den „Fragen der Freiheit“, dass Monopoly den heimlichen Wünschen aller entspricht, die im Kapitalismus auf der Verliererseite

stehen: „sie können in die Scheinwelt des spekulativen Gewinns flüchten und so sich wenigstens im Spiel der Illusion vom großen Geld hingeben“. Doch ließe sich nicht ein Spiel entwickeln, mit dem sich das große Potenzial der Geld- und Bodenreform spielerisch erleben lässt? Und wäre der Gedanke an eine andere Welt mit vielen Gewinnern nicht viel verführerischer?



„Ist der Gedanke an eine Welt mit vielen Gewinnern nicht viel verführerischer?“

Mit diesen und anderen Fragen haben sich Anfang Dezember neun Leute aus ganz Deutschland während eines 3-tägigen FAIRCONOMY-Spiele-Workshops in Wuppertal beschäftigt. Nach einem kurzen Input, was es heute diesbezüglich schon gibt, ging es auch um die Frage, wie sich im Spiel ein Ausgleich zwischen komplexen Zusammenhängen und dem Spaßfaktor finden lässt. Anschließend wurden mitgebrachte und selbst entwickelte Spiele vorgestellt. Nach dem Workshop war klar, dass wir uns unbedingt weiter mit dieser Idee beschäftigen wollen.

Wen das Thema „Spielen“ ebenso fasziniert, der kann Folgendes tun:

- beim nächsten Spiele-Workshop teilnehmen und evtl. eigene Kreationen oder Spiele mit Bezug zur FAIRCONOMY vorstellen und / oder erleben,
- sich auf der Mailingliste zum Thema „Spielen“ mit Gleichgesinnten austauschen,
- über die eGroupware der INWO an einer Sammlung von Ideen, Spielen und Eindrücken mitarbeiten.

Falls Sie daran Interesse haben, schreiben Sie einfach eine E-Mail an: Tanja.Rathgeber@INWO.de.

Tanja Rathgeber

Quellen und mehr zur Geschichte von Monopoly:

- www.wikipedia.de Stichwort: „Monopoly“, <http://www.flensburg-online.de/diverses/monopoly-geschichte-5.html>,
- Werner Onken: „Henry George – ein Sozialreformer des Gedankens und der Tat“ in: Fragen der Freiheit, Heft 245, Seite 3-18.

Die INWO bei Open Fair in Stuttgart



Am Freitag, den 26. Januar 2007 startete auf dem Stuttgarter Marktplatz das zweite Stuttgarter Open Fair-Festival. Ziel der Großveranstaltung war, unterschiedliche Akteure, Themen, Medien und Methoden miteinander in Kontakt zu bringen. Sie sollte die Kommunikation und Vernetzung von Gruppen fördern und motivieren, sich „für eine andere Welt“ zu engagieren. Schließlich sollten das Weltsozialforum in Nairobi sowie die sozialen Akteure der Region mit ihren Themen und Kompetenzen stärker ins Blickfeld des öffentlichen Interesses gebracht werden.

Hier ein kurzer Bericht und ein paar Bilder zum Stuttgarter Open Fair aus Sicht unserer dortigen INWO-Gruppe:

Es war schlicht und ergreifend saukalt. Trotzdem kamen viele Besucher und wir hatten sehr viele anregende Gespräche, die sicher zur Verstärkung unserer Regionalgruppe und der INWO führen. Unsere Fairconomy-Basishefte wurden bis zum letzten Stück gern genommen.

Unser angebotenes Geldesspapier mit der Stempelung www.WoistunserGeld.de war nicht nur für Kinder immer wieder der Anlass, an unserem Stand vorbeizuschauen. Das SWR-Fernsehen hat direkt vor unserer Zinsbombe gefilmt. Wir haben Kontakt mit dem Macher des Labo-

ratorium Stuttgart (<http://www.laboratorium-stuttgart.de/startseite.html>), der uns auf unser Gespräch hin eingeladen hat, in einer geplanten Reihe „Politisches Frühstück“ mitzumachen.

Des Weiteren zeigte eine Mitarbeiterin vom Kulturamt Stuttgart nach unserem Gespräch großes Interesse an der Literaturliste der INWO. Mit unseren Nachbarständen, der OZB-Bank und Versiko, hatten wir ein sehr partnerschaftliches Verhältnis mit schönen Gesprächen.

Die Beteiligten – noch mal an alle herzlichen Dank, die in der Kälte mit ausgeharrt haben – waren sich einig, dass es ein erfolgreicher Tag war.

Helmut Rau



Mitgliederversammlung 2007 der INWO Deutschland

Unsere diesjährige MV findet am Samstag, den 31. März 2007, von 10.00-15.30 Uhr (falls nötig Fortsetzung Sonntag von 10.00-12.00Uhr) in der Silvio-Gesell-Tagungsstätte in Wuppertal statt. Alle Mitglieder erhalten eine postalische Einladung mit der Tagesordnung und weiteren Informationen. Mit einem abwechslungsreichen Rahmenprogramm hoffen wir, möglichst viele Mitglieder nach Wuppertal locken zu können:

Freitag 30.03.2007 ab 19.30 Uhr

- Freundschaftliche Diskussion über den Namen der INWO, Moderation – Wolfgang Berger
- Einführung – Film „Hoch Zehn“
- 3 kurze Statements für „Natürlich“, „Nachhaltig“ und „Fairconomy e.V.“, Meinungsbildung in Gruppen, Auswertung und Überblick im Plenum.

Samstag 31.03.2007 ab 16.00 Uhr

- Vortrag Bernd Senf, Thema: „Blinde Flecken der Ökonomie“, anschließend musikalisches Abendprogramm

Sonntag 01.04.2007 ab 10.00 Uhr

- Bunte Fairconomy-Welt
- „Spielerisches“ mit Tanja Rathgeber
- Wir präsentieren neue INWO-Materialien.
- Wer will, kann sich noch den Film „What the bleep do we know?“ in deutscher Fassung ansehen.
- Außerdem stehen die gesammelten Aufkleber-Vorschläge für eine interne Abstimmung bereit.

Wofür steht die INWO?

In letzter Zeit gab es einen lebhaften Meinungs Austausch über die Bedeutung des N im Namen der INWO. Sollen wir uns in „Initiative für nachhaltige Wirtschaftsordnung“ umbenennen? Oder bleiben wir bei „Natürliche“? Brauchen wir gar einen ganz neuen Namen? Vor der kommenden Mitgliederversammlung der INWO D möchten wir diese Fragen auch mit Ihnen diskutieren.

Natürlich

Der intuitiv erfassbare Begriff „natürlich“ ist viel aussagekräftiger als der vom Verstand künstlich erzeugte Begriff „nachhaltig“. Er stellt einen unmittelbaren Bezug her zur Natur, in und mit und von der wir Menschen leben (wie auch alle Tiere und Pflanzen). Das Bewusstsein für diese totale Abhängigkeit von der Natur ist uns Menschen weitgehend abhanden gekommen. Es fehlt uns Demut vor der Erde, die wir für uns und nachfolgende Generationen bewahren müssen.

Bernd H.

Der Begriff „nachhaltig“ hat für mich keine Kraft, er scheint mir farblos und kopflastig und ist eher dem Verwaltungsdeutsch entsprungen (wie der Metallbauer, der früher Schmied hieß) als der lebendigen Sprache. Unsere Zielgruppe sind die Menschen, die erkannt haben, dass die Denaturierung des menschlichen Lebens und Arbeitens beendet werden muss. (...)

Das Wort „natürlich“ ist in der deutschen Sprache im Allgemeinen nicht negativ besetzt, im Gegenteil, ein natürlicher Mensch ist uns sympathisch und in einer natürlichen Umgebung fühlen wir uns meist wohler als in einer künstlichen. Natürlichkeit mit Gewalt, dem Recht des Stärkeren und Sozialdarwinismus zu verbinden, ist dem Blickwinkel derer geschuldet, die das tun.

Jan P.

Ich habe noch kein Argument für ein Ersetzen des Wortes „Natürliche“ durch ein anderes Wort gelesen, das mir stichhaltig erscheint. Ich bin davon überzeugt, dass die Verwirklichung unserer Ideen eine weitgehende Tilgung der sozial-darwinistischen Wirkungen der jetzigen Boden- und Geldordnung bewirken würde.

Hannes E.

Silvio Gesell erkannte, dass alles, was wir zum Leben brauchen einem natürlichen Verfallsprozess unterliegt und wir nun aufgrund dieses Naturgesetzes für tägliche Nahrung, Kleidung, Wohnung usw. arbeiten (manche schuften) müssen. Gesell erkannte, dass das Geld diesem natürlichen Verfallsprozess, den jeder erdulden muss, angepasst werden muss, damit es keinen „Jokervorteil“ gegenüber den Waren hat. Ich finde wir sollten das Wort „natürlich“ mit diesen kurzen anschaulichen Tatsachen im Zusammenhang mit dem Geldwesen erklären.

Albrecht H.

Ich bin der festen Überzeugung, dass irgend jemand auch in einem neuen Namen negative Argumente finden wird! Wenn man will, kann man fast alle Worte negativ belegen! Die Situation wird durch einen neuen Namen nicht besser! Ich stehe weiter zu „natürlich“!

Peter L.

Nachhaltig

Gewiss ist ein Namenswechsel allein noch keine Garantie dafür, dass es mit der INWO besser laufen würde. Es würde aber mit dem Wort „natürlich“ auf eine Bezeichnung verzichtet, die immer wieder negative Vorurteile auslöst, z.B.: natürliche Auslese, Sozialdarwinismus, fressen und gefressen werden (wie in der Tierwelt und im Kapitalismus), Technikfeindlichkeit, zurück zu vorindustriellen Verhältnissen, realitätsfern, völlig utopisch. Das ist nicht erst seit zwei Jahren so, sondern seit Jahrzehnten.

Eine Umsetzung des NWO-Konzepts allein führt nicht ohne weiteres zu nachhaltigem Wirtschaften, aber es würde eine entscheidende Voraussetzung geschaffen, die im herrschenden Wirtschaftssystem nicht gegeben ist: Weil auf das Kriterium Kapitalrentabilität nicht mehr Rücksicht genommen werden müsste, könnten Umweltschutzmaßnahmen usw. in einem solchen Umfang durchgeführt werden, dass nachhaltiges Wirtschaften möglich würde.

Josef H.

Durch die intensive Beschäftigung mit Gesells Werken war es für mich unvorstellbar, den Begriff „Natürliche Wirtschaftsordnung“ einmal in Frage zu stellen. Erst allmählich kamen mir Bedenken, dass wir mit dem N = Natürlich weiterhin unser (sozial-) darwinistisches und biologistisches Erbe mit uns herumschleppen, das sich immer mehr als ein uns belastender Ballast erweist.

Werner O.

Das Problem ist doch eher, dass es uns als Verein mit dem Namen Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung nicht gelungen ist, in der Wissenschaft Fuß zu fassen. Was meiner Meinung nach auch mit unseren Namen zu tun hat, deswegen bin ich für Veränderung des Namens. Ich finde „nachhaltige“ besser als „natürliche“ Wirtschaftsordnung.

Norbert S.

Ich habe zu dem Begriff „natürlich“ ein recht gespanntes Verhältnis; denn was natürlich und unnatürlich ist, wer will das wirklich beurteilen können? Es ist im Grunde genommen eine Anmaßung. Man kann jetzt lang und breit darüber diskutieren, ob und inwiefern die von uns angestrebte Wirtschaftsordnung „natürlich“ ist und ob man als Gegenteil von „natürlich“ unnatürlich, widernatürlich, künstlich, menschlich oder was versteht. (...)

Wenn wir uns als INWO mit unseren Ideen und Modellen dem Leitmotiv Zukunftsfähigkeit verpflichtet fühlen, sollten wir den Begriff der Nachhaltigkeit nicht nur im Namen führen, sondern ihn auch so beschreiben, wie wir ihn verstanden haben wollen.

Norbert M.

Finanzspielregeln Solidarischer Ökonomie – Welche Bedeutung hat der Zins?

Teil 1 einer kontroversen Debatte zwischen Alwine Schreiber-Martens (INWO) und Elmar Altvater (FU Berlin, attac) am 26. November 2006 in der TU Berlin während des Kongresses: „Wie wollen wir wirtschaften? Solidarische Ökonomie im globalisierten Kapitalismus“

Alwine Schreiber-Martens (ASM):

Was hat das Gedankengut der INWO mit Solidarischer Ökonomie zu tun? Es ist sehr wichtig, damit die wunderbaren Inseln gemeinschaftlichen und genossenschaftlichen Handelns nicht mehr nur „Kinder der Not“ sind. Sie sind auch jetzt nicht nur Kinder der Not, aber sie sind sehr geprägt vom zunehmenden Druck um sie herum. Das hat etwas mit dem Geldsystem zu tun. Ich wünsche mir, dass diese Inseln sich ausweiten können. Um den Druck aus dem System zu nehmen, machen wir Vorschläge, wie der Zinssatz fallen kann. Wir schaffen die Zinsen nicht ab. Wir halten den Zins für einen wichtigen Indikator. Neben der Geldordnung wollen wir auch das Bodenrecht reformieren. Beides ist miteinander verknüpft, denn fallende Zinsen sorgen für steigende Bodenpreise. Der Bodenpreis ist die kapitalisierte Bodenrente.

Elmar Altvater (EA): Der Zins ist natürlich kein Indikator. Wenn er als Indikator interpretiert wird, dann akzeptiert man ihn ja – und mit ihm dann auch alles, was daran hängt. Dann muss man auch das Kapitalverhältnis akzeptieren. Das ist etwas, was man den Gesellianern vorwerfen muss, dass sie zwar über Zins reden, manchmal auch über Zinsabschaffung, über Gebühren auf Geld – aber niemals über Kapital, über das Kapitalverhältnis. Sie machen sich keine Gedanken über das Verhältnis von Kapitalismus und Marktwirtschaft, weil sie sagen: Marktwirtschaft ist ja etwas Gutes.

ASM: Marktwirtschaft und Kapitalismus – sind diese beiden Begriffe identisch? Ich denke, das ist ein wesentlicher Unterschied zwischen uns beiden. In meinem Denken sind sie nicht identisch.

EA: Was ist der Zins? Der Zins ist

im Prinzip nichts anderes als ein Teil des produzierten Mehrwerts, der von denjenigen angeeignet wird, die ein Anrecht auf Zinsbezüge haben. Und wer sind die? Diejenigen, die über Geldvermögen verfügen, so würden es Keynesianer sagen. Diejenigen, die Geldkapital anlegen können, so würden es Marxisten ausdrücken. Immer ist vorausgesetzt, dass man ein Anrecht hat, und dieses Anrecht erwirbt man damit, dass man über Kapital verfügt.

Der Zins ein Indikator – Klärung eines Missverständnisses

Für die Volkswirtschaft ist der Zins ein Indikator, weil seine schwankende Höhe die Geld- und Kapitalmarktlage anzeigt. Der Zins ist das Lenkungsinstrument, mit dem heute versucht wird, den Geldumlauf zu regulieren. Führen fallende Zinssätze zu Geldzurückhaltung und damit zu einem Stagnieren der Wirtschaft, so werden i. Allg. die Zinsen durch die zuständige Zentralbank erhöht. Durch erhöhte Zinssätze wird das für die Wirtschaft unverzichtbare Geld wieder in den Kreislauf zurückgelockt. D. h., ein volkswirtschaftlich wünschenswertes niedriges Zinsniveau kann im heutigen Geldsystem auf Dauer nicht beibehalten werden.

Nach einer Geldreform könnte der Zins als eine Art „Knappheitsindikator“ auch um Null herum – ja sogar bei Minusgrößen – wertvolle Dienste leisten. Er wäre ein unverzichtbares zusätzliches Instrument, mit dessen Hilfe der Geldumlauf verstetigt werden könnte.

ASM: Ich frage: Was genau ist der

springende Punkt, der die Kapitaleigenschaft ausmacht? Wobei ich als Kapitaleigenschaft das bezeichne, was mir, wenn ich Kapitaleigentümerin bin, einen Ertrag abwirft, ohne meine eigene Arbeit. Ob das ein Anrecht ist, wage ich zu bezweifeln. Für mich stellt sich da die Frage: Mit welchen Methoden können wir das verhindern?

Dass überhaupt Zins gezahlt wird, ist eine Folge davon, dass wir alle in einer Geldwirtschaft leben, dass wir alle auf den kurzzeitigen Besitz von Geld angewiesen sind, um damit die eigentlich benötigten Güter in unseren Besitz bringen zu können. Geldbesitzer sind also im Vorteil. Jeder Anbieter von Waren oder Dienstleistungen hat Verluste, wenn er nicht heute verkauft. Der Geldanbieter kann ohne Verlust heute oder morgen verkaufen. Diese Ungleichheit auf den Märkten ist für uns der charakteristische Systemfehler.

Wir schlagen deshalb vor, die Liquiditätspräferenz (den Vorteil des Geldbesitzens) zu neutralisieren. Damit schaffen wir auf den Märkten die gleichen Startbedingungen für Güter bzw. Dienstleistungen und Geld. Wir schlagen eine Gebühr auf Bargeld und Giroguthaben vor, z.B. in Höhe von 6% jährlich. Die Regionalgelder fangen an, dafür Experimentierfelder zu bieten.

Länger angelegte Gelder werden nicht belastet. Es ist eine Belastung der Liquidität, also derjenigen Mittel, mit denen ich einkaufen kann. Wenn ich nicht einkaufen will, dann ist es zwingend notwendig, dass mit diesem Geld jemand anderes einkaufen kann, denn diesem Geld stehen immer Waren gegenüber, die auf Abnahme warten. Weil das Geld eine gesell-



Elmar Altvater war von 1971-2004 Professor für Politikwissenschaft mit dem Schwerpunkt (internationale) politische Ökonomie an der FU Berlin. Neben Fragen der Entwicklungstheorie hat er über Staatstheorie und die Wirtschafts- und Sozialentwicklung in Deutschland und Europa gearbeitet, außerdem über verschiedene Aspekte der Globalisierung, über Finanzmärkte und -krisen, die Informalisierung der Arbeit und die Auswirkungen kapitalistischer Ökonomie auf die Umwelt. Er ist Mitglied des wissenschaftlichen Beirats von attac und Autor zahlreicher globalisierungs- und kapitalismuskritischer Schriften.

schaftliche Einrichtung ist, kein privates Ding, ist es notwendig, dass ich mein Geld, wenn ich es nicht selbst benutze, in der Zwischenzeit jemand anderem zur Verfügung stelle. Das nennt man auch Kredit. Selbstverständlich kann ich mein Geld auch verschenken, wunderbar!

Ziel der Liquiditätsgebühr ist ein verstetigter Geldumlauf. Diese Belastung wirkt ähnlich wie eine Inflation. Inflation führt dazu, dass ich einen Kauf, den ich eh tätigen will, lieber heute als morgen mache. Das Gleiche bewirkt auch unsere Gebühr. Der Unterschied liegt in der Wirkung auf den Zins. Inflation wirkt zinssteigernd, während die Gebühr zinsenkend wirkt – in der Weise, dass sie einen sanften Druck darauf ausübt, dass mehr Mittel für Ausleihungen bereitstehen.



EA: Zum Thema Regionalwährungen. Regionalwährungen entstehen immer dann, wenn das offizielle Geld nicht mehr funktioniert, so wie in Argentinien 2001, als der Peso aus der Zirkulation verschwand. Da entstanden in kürzester Zeit etwa 20 Regionalwährungen als Kinder der Not, um das

Überleben der Menschen zu gewährleisten. Hier eingesetzt, sind das natürlich luxuriöse Nischen, mehr nicht. Die schaden nicht, insofern habe ich auch gar nichts dagegen. Die Absicht, bewusstseinsbildend zu wirken, finde ich außerordentlich begrüßenswert, deswegen ist das unter Umständen etwas sehr Positives. Nur darf man sich nicht die Illusion machen, dass man mit Regionalwährung wirklich eine gesellschaftliche Alternative etabliert. Das sind in den entwickelten Ländern alles Kinder des Luxus, die lässt man da spielen, deswegen macht die Bundesbank nichts dagegen. Wenn es ernst würde, würde sie etwas dagegen tun, weil nämlich dadurch die Geldwertstabilitätspolitik unter Umständen unterlaufen würde.

Wie sieht es jetzt nun weiter aus mit dem Zins? Wie gesagt, der Zins wird als Teil des Mehrwerts produziert. Und dann gibt es halt die Verteilungsmechanismen dieses Geldes. Dann gibt es erstens den Kampf zwischen den Kreditnehmern und den Zinsbeziehern. Dieser Kampf wird mit harten Bandagen und heutzutage, nach der Liberalisierung der globalen Finanzmärkte, weltweit ausgetragen. In der Konkurrenz der Warenbesitzer auf den Weltgütermärkten gehen – wenn die Konkurrenz funktioniert, sie funktioniert nicht immer, denn es gibt Monopole – mit der Steigerung der Produktivität der Arbeit die Preise der Güter nach unten. Die Steigerung der Produktivität wiederum funktioniert nur, wenn die Technik besser wird. Aber die kann nur besser werden, wenn alles beschleunigt wird. Und wenn alles beschleunigt werden muss, brauchen wir dafür die entsprechenden Energien, d.h. wir müssen mehr fossile Energieträger vernutzen. Und damit handeln wir uns all die ökologischen Effekte, vor allen Dingen die Klimazerstörung, ein.

Auf den Finanzmärkten ist es aber genau andersherum. Da wirkt die Konkurrenz dahin, dass der Preis des Gutes, das auf den Finanz-

märkten gehandelt wird – Kapital – steigt. Denn wie konkurrieren Finanzplätze untereinander? Mit möglichst hohen Renditen. So ist

es zu erklären, dass heutzutage von Finanzkapitalisten Zinsen, Renditen, shareholder value von 15-20% erzielt werden. Es ist die Funktionsweise der internationalen Finanzmärkte, die es überhaupt erst ermöglicht, dass sich solch eine Gier realisieren kann.

Und da dies ein Teil des Mehrprodukts ist, heißt das, dass andere, die andere Einkommen erzielen, die Profitbezieher, die Industriekapitalisten, entsprechend weniger haben. Und die werden dann, wenn die Wachstumsrate 2% ist und Renditen 20%, versuchen, sich auch schadlos zu halten. Die geben den Druck der Finanzmärkte weiter auf die Arbeitsmärkte.

Und da sind wir wieder bei der Marktwirtschaft. Wenn wir über Marktwirtschaft reden, müssen wir über Märkte reden, für Güter, für Kapital und vor allem auch für Arbeitskraft. Die Arbeitsmärkte sind auf der untersten Stufe der Hierarchie der Märkte. Dort wird dann der Druck abgelassen in Form von Lohnsenkung, Arbeitszeitverlängerung, Arbeitsintensivierung, Arbeitslosigkeit, Abbau von Sozialstaatlichkeit (also der sozialen Komponente des Lohns, was heute immer so schön als „Lohnnebenkosten“ bezeichnet wird). Kosten will man senken, das finden alle wunderbar. Dass diese Kosten aber Einkommen sind, die da gesenkt werden, das kommt nur den allerwenigsten in den Sinn.

ASM: Ich möchte zunächst bei dem Stichwort Entschleunigung ansetzen, bei der klaren Aussage, der Zins dient der Beschleunigung. Wenn wir Vorschläge machen, die zinsenkend wirken, dann betreiben wir eine Entschleunigung. Die Liquiditätsgebühr wirkt nicht beschleunigend, sie wirkt verstetigend für den Geldumlauf. Sie zwingt mich nicht, Geld auszugeben, denn ich entgehe dieser Gebühr auch, indem ich dieses Geld für den Kredit zur Verfügung stelle. Man kann nicht sagen, Geld als Zirkulationsmittel ist gut, Geld als Kredit ist schlecht. Doch die Zirkulationsfunktion ist gerade das Fantastische am Geld. Es ist das, was die Arbeitsteilung befördert hat. Wir stärken diese Zirkulationsfunktion, denn wir verstetigen den Geldumlauf.

Kredit ist selbstverständlich absolut notwendig. Was wir kritisieren, ist die permanente Verzinsung der Schulden. Schulden sind immer die Kehrseite von Guthaben. Wenn wir also wollen, dass die Staatsverschuldung nicht wächst, dann müssen wir uns ansehen, warum die Guthaben wachsen. Und da sind wir wieder beim Zins. Selbstverständlich wachsen Vermögen auch noch durch andere Prozesse, aber die tiefliegende, heftige Strömung ist die Zinsproblematik.

EA: Wenn wir den globalen Charakter der internationalen Kapitalmärkte in Rechnung stellen, dann werden wir auch über Währungskonkurrenz sprechen müssen,

denn Kapital oder Geld hat zwei Preise. Einen intertemporalen Preis, das ist der Zins in der Zeit. Ein gewaltiger Anteil am Zins ist der Risikofaktor. Dass dieser eine ungeheuer wichtige Funktion hat, kann man in vielen Entwicklungsländern sehen, aber auch hierzulande. Die ganze Debatte um Basel II dreht sich darum. In Brasilien z.B. zahlt man heutzutage etwa 17-18% Zinsen, minus Inflationsrate sind das 10% Realzinsen – bei einem Wachstum von real weniger als 2%. Dass das ausplündernd wirkt, kann sich jeder an zwei Fingern abzählen.

Es gibt aber auch einen räumlichen Preis, weil nämlich das Geld den Charakter einer Währung hat, die mit anderen Währungen konkurriert. Das ist die räumliche Seite des Geldes, denn der Wechselkurs ist der Preis des Geldes ausgedrückt in einer anderen Währung. Das Interesse aller Geldvermögensbesitzer ist, dass das Geld stabil bleibt. Alle Institutionen, die Zentralbanken, auch die Regierungen, sind dazu veranlasst, dafür zu sorgen, dass die Stabilität der Währung intertemporal und auch räumlich gesehen gewährleistet ist.

Und da haben wir den ganzen Salat: Damit haben wir die Maastricht-Kriterien, die diese Stabilität mit der Fiskalpolitik erzwingen auf der Ausgabenseite, daher der Druck auf die Sozialausgaben, auf die Investitionen der Staaten.

Es gibt keine Regeln für die Einnahmeseite, für die Steuern. Da herrscht Konkurrenz. Steuerkonkurrenz ist ja gut, weil Wettbewerb gut ist. Und der hat was mit Markt zu tun, also müssen wir als Marktwirtschaftler den Wettbewerb in der Steuerpolitik eben auch begrüßen. So kann man es nachlesen bei Bush, bei Merkel, bei Müntefering ... und man findet das auch in den Überlegungen von Gesellianern, weil Wettbewerb und Marktwirtschaft ja im Prinzip gut sind, nur Kapitalismus mag schlecht sein – aber wie das zusammenhängt, hat mir bisher noch keiner richtig erklärt.

Nun stellt sich die Frage: Lässt sich das angehen, wenn man am Zins herumdreht, indem man dem Geld den Schwund verordnet? Das wird nicht funktionieren. Das müsste, wenn überhaupt, global durchgesetzt werden. Das könnte, wenn überhaupt, nur funktionieren, wenn die Währungskonkurrenz stillgelegt wird, wenn man nur eine einzige Währung in der Welt hätte. Das ist sehr unwahrscheinlich und auch gar nicht wünschenswert. Das würde ja voraussetzen, dass wir einen Weltstaat

hätten. Wenn überhaupt, kann das nur funktionieren, wenn der Markt stillgestellt wird – und nicht etwa, wenn er erst recht zum Funktionieren gebracht wird.

Und da Marktwirtschaft Geldwirtschaft ist und Geld im Kapitalismus nicht nur ein Umlaufmittel, sondern auch ein Kapitalmittel, muss man irgendwie an das Kapitalverhältnis ran. Da sind wir bei relativ traditionellen Ansätzen. Da müssen wir uns beschäftigen mit dem Gegensatz Lohnarbeit und Kapital. Was ist eigentlich mit der Lohnarbeit in einem solchen Konzept von Geldwirtschaft, wie sie hier vorgestellt worden ist? Welche Rolle können da die Gewerkschaften spielen? Was ist mit dem Grundeinkommen – das sehr sympathisch ist und das man auch verfolgen muss, wenn auch mit anderer Begründung – im Verhältnis zu Arbeitsplätzen, zu Arbeitsorganisation, zu Arbeitsbeschaffung u. dgl. m.? Die Ansätze, die Alwine hier vorgestellt hat, werfen mehr Fragen auf, als sie Antworten geben. Das ist auch gut so. Wir brauchen viel mehr Fragen. Wir müssen uns davor hüten, für alles immer perfekte Antworten zu haben, die gibt es nämlich so ohne weiteres gar nicht. Wir befinden uns in einem praktisch politischen Diskurs, und der muss mit Argumenten ausgefochten werden, deswegen ist es auch so wichtig, dass wir uns hier zusammensetzen.

ASM: Ob so was nun nationalstaatlich eingeführt werden kann? Ich denke, dass es z.B. im Euroraum einführbar wäre. Der Euroraum ist als Wirtschaftsraum groß genug, um die Neutralisierung der Liquiditätspräferenz einzuführen.

EA: Der finanzgetriebene Kapitalismus ist eine Tatsache. Es ist ganz klar, dass da auch Berührungspunkte sind mit dem, was Gesellianer sagen. Das sind einfach Fakten, die aber unterschiedliche Interpretationen auslösen. Über diese Interpretationen muss man sich wirklich hart auseinander setzen. Nicht um theoretisch rechthaberisch zu sein, sondern weil sie politische Implikationen haben. Darauf kommt es letztendlich an.

Zum Euroraum. Der Bancor-Plan von Keynes ist nicht realisiert worden und wird wohl auch nie realisiert, weil Geld eben immer auch etwas mit Wert zu tun hat. Und das Geld entsteht aus der Ware. Da, denke ich, hat Marx mehr Recht als Keynes. Das Geld ist nicht etwas, was aus Vorlieben entsteht. Der Bancor würde nur funktionieren, wenn man das Geld als etwas staatlich Gesetztes verstehen würde. Das ist es aber nicht, es entsteht aus dem Geschäftsleben, aus der Ware. Es ist

eine verwandelte Form von Werten, die wiederum mit Arbeit zu tun haben.

Deswegen: Wer über Geld redet, muss über Arbeit reden, über Arbeitsverhältnisse, über die Organisation der Arbeit, über Gewerkschaften usw. Wenn ich das in Rechnung stelle, begreife ich Geld als ein soziales Verhältnis. Ist auf globaler Ebene ein künstliches, vom Staat geschaffenes Einheitsgeld überhaupt vorstellbar? Es ist versucht worden, in Europa mit dem Ecu. Das hat nicht funktioniert. Der Euro ist etwas ganz anderes, ein Geld, das nicht künstlich von einer Institution geschaffen worden ist, sondern sich aus der Integration Europas ergeben hat, sicherlich auch aufgesetzt wurde, aber dennoch etwas mit den realen ökonomischen Verhältnissen zu tun hat. Das ist bei dem Bancor überhaupt nicht der Fall gewesen, das war das große Problem, warum das dann auch gescheitert ist.

ASM: Der Bancor ist nicht gescheitert, er wurde nicht eingeführt.

EA: Das dann immer wieder aus der Tasche zu holen und neu vorzuschlagen, setzt voraus, dass man sich auch über die Ursachen des Scheiterns mal genauer auseinandersetzt und zu der Frage kommt: Was ist denn eigentlich Geld? Wir reden immer darüber. Was ist das eigentlich? Das ist gar nicht so einfach zu beantworten.

Protokoll: Eva Koch
Bearbeitung: Beate Bockting

Der 2. Teil der Dokumentation folgt im nächsten Heft.



Alwine Schreiber-Martens, Dipl.-Math., vier Kinder, wissenschaftliche Mitarbeiterin Fachhochschule Köln. Gewerkschaftsmitglied, Beisitzerin im Vorstand der INWO Deutschland.

Termine INWO Deutschland

17.-18.03.2007

Bad Boll, Seminar für freiheitliche Ordnung

Solidarität zwischen den Generationen im Wandel

Tagung, Referenten: Fritz Andres, Eckhard Behrens
Unser Generationenvertrag stellt eine Halbheit dar: Er regelt die Altersversorgung ohne die, die sie leisten müssen. Er kennt nur Altersrenten, keine diesen korrespondierenden Kinder- und Jugendrenten. Ähnlich gravierend ist der Irrtum, wonach auch gesamtgesellschaftlich der Aufbau einer Altersversorgung durch Kapitalbildung möglich sein soll. Außerdem soll es um die Frage gehen, ob ein bedingungsloses Grundeinkommen als eine Form unbürokratischer Solidarität den Generationenvertrag alter Art ablösen kann? Information + Anmeldung: www.sffo.de, Tel.: +49 (0)7164 3573, Fax: 7034, E-Mail: info@sffo.de

23.03.07, 20.00 Uhr

Regionalwährung - Neue Wege zu nachhaltigem Wohlstand

Vortrag von Ralf Becker

23.-25.03.2007

Evangelische Akademie Meißen

Wirtschaften im Dienst des Lebens

Anregungen u. Erfahrungen zum Thema Globalisierung
Info: Dr. Bettina Musiolek, Tel.: 03521/4706-16, Tagungssekretariat: Ulrike Bleßmann, Tel.: 03521/4706-19, E-Mail: ulrike.bleßmann@ev-akademie-meissen.de
Internet: www.ev-akademie-meissen.de

30.03.-01.04.2007

Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte

Mitgliederversammlung der INWO Deutschland

Neben der Versammlung erwarten Sie Einblicke in die Arbeit der INWO, weitere interessante Programmpunkte, eine ruhige, idyllisch gelegene Unterkunft und beste Verpflegung.

Informationen zu Anfahrt, Kosten & Buchung gibt es im Internet unter <http://www.INWO.de/SGT>

21.-22.04.2007

Fuldatal-Simmershausen, Reinhardswaldschule (nahe Kassel)

40. Mündener Gespräche

Von der vermachteten Privilegienwirtschaft zu einer monopolfreien Marktwirtschaft, Veranstalter: Sozialwissenschaftliche Gesellschaft 1950 e.V.

E-Mail: SG.Lindner@t-online.de

15. 05.2007, 20.00 Uhr

Ochsenhausen bei Biberach/Riss

Fairconomy statt Monopoly

Vortrag von Prof. Wolfgang Berger im Rahmen der St. Georgs-Vortragsreihe

Information und Anmeldung: Joseph-Bopp@gmx.de

17.-20.05.2007

Birkenwerder, Karmeliterkloster (nahe Berlin)

Tagung

Grundeinkommen für alle?

Veranstalter: INWO und Christen für gerechte Wirtschaftsordnung

Anmeldung bei: Werner Onken, Steenkamp 7, 26316 Varel, Tel.: 04451/85714 oder 956480, E-Mail: redaktion-onken@web.de (Nähere Informationen siehe S. 5)

25.-29.06.2007

Wuppertal, Silvio-Gesell-Tagungsstätte

Vollbeschäftigung ist machbar!

Bildungsurlaub mit verschiedenen Referenten
Arbeitslosigkeit - unveränderbar? Die herrschende Meinung geht von struktureller Arbeitslosigkeit in der Zukunft aus. Ist nichts anderes denkbar? Das Seminar zeigt Denkmöglichkeiten neuer Arbeitsmarktmodelle auf und gibt dem Paradigmenwechsel eine Plattform.
195 € mit VP / 145 € ohne Übernachtung, Information und Anmeldung: VHS.Essen, www.vhs-essen.de
Ein aktualisiertes, ausführlicheres Programm kann angefordert werden bei: Klaus.Popp@INWO.de

06.-08.07.2007

Silvio Gesell Tagungsstätte, Wuppertal

Einführung in die Fairconomy

INWO-Seminar mit Sommerfest

Infos: Klaus.Popp@INWO.de

Viele weitere Details & Veranstaltungen finden Sie im Internet unter:
<http://www.INWO.de/Termine>.

Termine INWO Österreich

Wirtschaftlicher Frühling – Abendliche Gespräche über den Dächern Wiens

5 Abende, jeweils 2-wöchig, immer mittwochs 18 Uhr
Ort: Herrngasse 8-10/57, 10. Stock, 1010 Wien

Koordination & Organisation: Alexander Preisinger

– alex_preisinger@gmx.at

Gegen soziale Kälte hilft auch ein milder Winter nicht. Daher möchte die INWO in 5 Abenden unter dem spannungsgeladenen Begriffspaar „Wirtschaftlicher Frühling“ Kritik an und Alternativen zu der Kälte ökonomischer Sachlogik vorstellen. Die Vielfarbigkeit der Beiträge ist Garant für eine produktive Meinungsvielfalt, die auch zu Diskussion und Austausch einladen soll.

21.03.2007, 18 Uhr;

Univ.-Prof. Dr. Gerhard Marschütz

Geht's uns allen gut, wenn's der Wirtschaft gut geht?

Kritische Anfragen aus theologisch-ethischer Sicht

04.04.2007, 18 Uhr; Alexander Preisinger

„als ob / Die Wahrheit Münze wäre!“ – Zählen und Erzählen in der Literatur

Die Literatur setzt sich seit dem späten Mittelalter intensiv mit dem ‚god-term‘ (Hörisch) der Neuzeit auseinander. An traditionsreichen Geldmotiven, etwa Geld & Liebe oder Sprache & Geld, will der Abend anhand kanonisierter Literatur (Goethe: Faust II, Schiller: Kabale und Liebe, Lessing: Nathan der Weise ...) auf unterhaltsame und einführende Art diesem Phänomen nachgehen.

18.04.2007, 18 Uhr; Gerhard Margreiter

Geldspiel DKKT

(=Der kapitalistische Kredit-Trick)

Wer an dem Spiel teilnimmt, kann nach einer guten Stunde sehr klar sehen, was sich in unserer Wirtschaft tut und was am gegenwärtigen Geldsystem problematisch ist. Das Spiel simuliert mit den in unserer Gesellschaft üblichen Wirtschaftsregeln den Ablauf von etwa 40 bis 50 Jahren und was dabei herauskommt, ja herauskommen muss.

02.05.2007, 18 Uhr; Mag. Dr. Christof Karner

„Nieder mit dem Kapitalismus!“

Standpunkte, Entwicklungsgeschichte und Aktualität der Katholischen Soziallehre anhand ausgewählter Beispiele aus Österreich

Der Vortrag versucht, mit dem Thema „Katholische Soziallehre“ einen – unter vielen anderen – reformökonomischen Ausweg aufzuzeigen.

Termine INWO Schweiz

16.04.2007, 19.00 bis 21.45 Uhr

Bern, AKI, Raum Someville, Alpeneggstr. 5

Referat Thomas Brändle

Info-Treffen INWO Bern

19.04.2007, 18.30 bis 21.30 Uhr

Zürich, Zentrum „Karl der Grosse“, Kirchgasse 14

Longo-Mai-Landwirtschaftsinitiative

Vor- und Nachdenktreff

24.04.2007, 10.00 bis 16.00 Uhr

Solothurn, „Altes Spital“, Ob. Winkel 2

Generalversammlung INWO Schweiz

Jugendbotschafterin für Regionalgeld – Pilotversuch erfolgreich

Gerade in einer Zeit der Reiz- und Informationsüberflutung ist es besonders schwierig, sich mit neuen Ideen zur Gesellschaftsgestaltung bemerkbar zu machen. Um Jugendlichen nicht nur neue Theorien zu vermitteln, sondern auch zum eigenen Engagement anzuregen, reiste Mirjam Fochler aus dem Chiemgau als Botschafterin für Regiogeld durch Deutschland.

Gerade Jugendliche sollten mehr in die Verbreitung von Regionalgeld eingebunden werden, weil es sich um eine Zukunftsaufgabe handelt, die sie ganz besonders angeht. Eine Jugendbotschafterin kann neben der Sachebene die so entscheidende persönliche Ebene ins Spiel bringen, die den besonderen Unterschied ausmacht. Denn es soll nicht allein die Sache thematisiert werden, auch der Prozess der Vermittlung muss attraktiv gestaltet sein. Nicht Furcht vor dem Neuen soll erzeugt, sondern die Attraktivität soll gesteigert werden. So sprach Mirjam mit ihrer ruhigen Selbstverständlichkeit mit anderen Jugendlichen über ihre Erfahrungen, die sie seit September 2002 bei dem als Schülerprojekt gestarteten Regiogeld Chiemgauer gesammelt hat.

Durch den Panzer der Gleichgültigkeit

Mirjam Fochler berichtet: Kurz nachdem ich mein Abitur erfolgreich bestanden hatte, bekam ich spontan das Angebot, jungen Menschen in ganz Deutschland über Regionalgeld zu berichten. Da ich Interesse hatte, sagte ich zu und so war ich dann ab Mitte Juli 2006 als „Jugendbotschafterin“ unterwegs. Meine Reise zu den Vorträgen, die Falk Münchbach organisierte, begann in

Stuttgart, setzte sich in Villingen/Schwenningen und Freiburg fort, ging über Düsseldorf, Kiel und Umgebung sowie Drochtersen bei Stade und endete Mitte September in Kaiserslautern.

Die Zeit war für mich eine sehr wertvolle Erfahrung. Die Situation, alleine vor jungen Menschen zu stehen und mit einem wenig bekannten und bewussten Thema durch den Panzer der weit verbreiteten Gleichgültigkeit zu dringen, war für mich völlig neu und oft nicht leicht. Doch wenn auch viele der Schüler sich im Nachhinein vermutlich kaum weiter mit der Thematik beschäftigen werden, so gab es immer wieder einige, bei denen ich das Gefühl hatte, sie haben erkannt, dass es sich lohnt, weiter nachzudenken und nach Möglichkeit auch praktische Entwicklungen in Betracht zu ziehen. Manche waren sogar richtig motiviert und wollten sich gleich daran beteiligen, ein Regiogeld für die eigene Region zu entwickeln.

Inseln der Hoffnung

Die Entdeckung vieler kleiner solcher Inseln, wo der Wille herrscht, die Zukunft selber zu gestalten – zum Wohl aller –, gab mir immer wieder Hoffnung und Mut: Hoffnung, dass sich doch etwas ändern lässt und der Mensch verstehen kann, und Mut weiterzumachen.

Bei den Veranstaltungen, die vor Erwachsenen stattfanden, wirkte das Thema immer stark polarisierend. Meine Erfahrung ist, dass

Erwachsene entweder für die Ergänzung des Regiogeldes zum Euro oder dagegen sind. Mit sachlichen und bodenständigen Argumenten sowie aussagekräftigen Zahlen ließen sich aber doch manche Gegner auf die Seite der Befürworter holen.

Wissen als Basis für Veränderung

So kann ich abschließend sagen: Die Reise hat sich auf jeden Fall gelohnt. Viele, vor allem junge Menschen haben erfahren, dass es Alternativen gibt und wie diese konkret aussehen können. Dieses Wissen um andere Möglichkeiten ist die Basis für Veränderung. Schließlich möchte ich mich bei allen herzlich bedanken, die diese Reise möglich gemacht haben: Falk Münchbach, der die Idee zur Tat gemacht hat und viel Zeit und Engagement in die Organisation investierte, Klaus Popp für die hervorragende Unterstützung bei der Überarbeitung meines Vortrages sowie der Präsentation, dem Chiemgauer, Margrit Kennedy und der INWO für die finanzielle Unterstützung sowie allen anderen, die zum guten Gelingen beigetragen haben.

Nächste Schritte

Die Tour macht Mut, in dieser Richtung weiter zu experimentieren. Weitere Vorhaben sind in Planung. Ein schon bestehendes Netzwerk von Studenten, die sich mit Regionalgeld befassen, wird in die Weiterentwicklung der Idee einbezogen. Die Information in Peer-Groups soll verstärkt werden. Eventuell wird das Thema auch in Buchform für jüngere Zielgruppen vorbereitet.

Kontakt: Falk Münchbach, Verein Stadt Ökologie Bildung e.V., Tel.: +49 0431 564662, E-Mail: Muenchbach@Projektgruendung.de



Wörgler Freigeld auf der Bühne



Am 1. Mai 2007 findet im Wörgler Komma-Theater die Premiere des interdisziplinären und multimedialen Theaterstücks „Unteruggenberger“

statt. Laut Projektmanager Luggi Ascher wird Michael Unteruggenberger in Wirtschaftskreisen als Volksheld von Tirol inzwischen mit Andreas Hofer verglichen. In Zeiten schwankender wirtschaftlicher Veränderungen sei eine historische Aufarbeitung aktueller denn je.

Das Jahr 2007 steht in der Stadt Wörgl/Tirol ganz im Zeichen des Freigeldes. Wörgl machte 1932 – zu Zeiten der Weltwirtschaftskrise – weltweit auf sich aufmerksam, durch ein einmaliges Nothilfeprogramm seines beherzten Bürgermeisters Michael Unteruggenberger. Von den internationalen Medien wurde es auch gerne als „Das Wunder von Wörgl“ bezeichnet.

Ein sehr kreatives Team gestaltet derzeit ein interdisziplinäres, multimediales Theaterprojekt, welches die Geschichte des Michael Unteruggenberger schauspielerisch und musikalisch aufarbeitet. Die junge Band Akouein hat eigens eine Musik komponiert. Bei der Inszenierung werden zwei Hauptdarsteller auf der Bühne zu sehen sein, durch multimediale Technik jedoch insgesamt weit über dreißig. Zehn Tage lang wurden Filme mit mehr als dreißig Schauspielern gedreht.

Aus dem Skript von Conni Stefanski:

M3: Ich weiß schon, lieber Michel – es spricht sich schnell herum. Aber warum leidest Du mit den Menschen? Warum versuchst du nicht ihre Probleme zu lösen?

UG: Aber Rosa, du müsstest mich doch besser kennen – über was denke ich denn hier nach?

M3: Nein, nein – lieber Mann, gedacht hast du schon genug – und gesprochen wurde genug in der Freiwirtschaftsgruppe Wörgl – aber nun wird es Zeit ihnen das Gedachte vorzuschlagen. Ich sehe doch, mit welcher Lektüre du dich beschäftigst. Was bitte, lieber Mann – sollte ein Versuch, auch wenn er missglückt, in dieser Zeit noch schlimmer machen – und wenn er glückt ...

UG: Rosa – du sprichst vom Freigeld, sie werden mich für verrückt erklären!

M3: Was macht es dir schon, für verrückt erklärt zu werden? Über diesen Dingen hast Du schon immer, zum Wohle der Menschen, gestanden. Du willst doch keine politische Umwälzung – sondern ein Notprogramm, welches das Elend mildern soll.

UG: ... welches das Elend mildern soll – ein Nothilfe-Programm!

M3: ... wer wird dir schon das Helfen verweigern?

UG: Es lindert die Not, gibt Arbeit und Brot!

M3: ... wie meinst Du?

UG: ... Arbeitswertschein – ein Arbeitsbestätigungsschein ...

Michael Unteruggenberger und der „Schatz von Wörgl“

Am Anfang stand die Idee. Die Idee, in einem 24-seitigen Comic die Geschichte des Wörgler Freigeldversuchs zu erzählen. Die Geschichte des pfiffigen Bürgermeisters Michael Unteruggenberger in einer bewegten Zeit für Jugendliche und Erwachsene anschaulich darzustellen.

Dann kamen die Kontakte zu dem talentierten Zeichner Andreas Wehrheim (www.andreas-wehrheim.de) und seinem Storyboarder und Szenaristen Mamei (www.mamei.com), die durch ihre professionellen Arbeiten für die verschiedensten Verlage auffielen. Diese konnten wir für die künstlerische Umsetzung des geplanten Comics auf Honorarbasis gewinnen.

Wir möchten gerade jetzt, im Wörgler „Freigeldjahr 2007“ dieses Projekt ins Leben rufen – mit eurer finanziellen Unterstützung – auch, um in Zukunft ein ansprechendes und interessantes Mittel für die Arbeit mit Jugendlichen zu haben, welches die Idee des Freigeldes auf lustige Art vermitteln kann.

Für Eure Fragen stehen wir Euch gern zur Verfügung unter: Tel. 0351 / 5637094 (AG NWO Dresden – U. Thies) oder Tel. 035205 / 74562 (P. Zimmermann) Kontoverbindung: Ulf Thies – AG NWO, Konto: 552 141 2176, BLZ: 500 105 17, Bank: ING-DIBA, Verwendungszweck: „COMIC“



© Andreas Wehrheim

Buchvorstellung



Donella Meadows, Jørgen Randers, Dennis Meadows:
Grenzen des Wachstums. Das 30-Jahre-Update.
Signal zum Kurswechsel.
Stuttgart: Hirzel 2006,
323 Seiten, 29,- €

„Signal zum Kurswechsel“ lautet der Untertitel des sehr lesenswerten und kurzweilig geschriebenen Buches, das die vor 30 Jahren begonnene Analyse der „langfristigen Ursachen und Konsequenzen des Wachstums der Weltbevölkerung und der materiellen Seite der Wirtschaft“ fortschreibt und sehr eindringlich und präzise die dringende Notwendigkeit eines Kurswechsels weg von der Wachstumsideologie, hin zu einem nachhaltigen Umgang mit den Ressourcen der Erde darlegt.

Bereits Ende der 1980er Jahre überstieg der sog. ökologische Fußabdruck der Weltbevölkerung die Ver- und Entsorgungskapazität der Erde, d.h. die Menschen verbrauchten und verbrauchen jährlich mehr Ressourcen, als die Erde im gleichen Zeitraum regenerieren kann. Werden die Grenzen eines Systems dauerhaft überschritten, kommt es zum Zusammenbruch des Systems. Dabei droht uns die Gefahr nicht nur dadurch, dass uns bestimmte Ressourcen wie

z.B. das Öl ausgehen, sondern viel subtiler durch erschöpfte Schadstoffaufnahmespeicher und Regenerationspotentiale, mit der Folge deutlich reduzierter Fruchtbarkeit der Erde. Den Glauben, dass technischer Fortschritt die Belastung der Erde trotz weiteren Wachstums kompensieren könne, verweisen die Autoren entschieden ins Reich der Wunschträume. Das Bestechende an diesem Buch dürfte der systemorientierte Ansatz sein, der sich weniger auf die einzelnen Teile eines Systems konzentriert als auf deren Wechselbeziehungen. Hier geht es speziell um die Wechselwirkungen von Wachstum, Grenzen für dieses Wachstum und verzögerten Reaktionen auf Grenzüberschreitungen und deren Folgen. Ein eigens dafür entwickeltes ComputermodeLL „World3“, das man auch als lauffähige CD-ROM beziehen kann, simuliert auf der Basis der einprogrammierten Rückkopplungsbeziehungen je nach Eingabe unterschiedlicher Ausgangswerte entsprechend verschiedene Zukunftsszenarien. Zentral ist diese Feststellung: „Exponentielles Wachstum kann von Natur aus auf zweierlei Weise stattfinden: erstens, wenn sich eine wachsende Größe selbst reproduziert und zweitens, wenn ihr Wachstum von einer anderen, exponentiell wachsenden Größe angetrieben wird.“ (S. 24) Und an dieser Stelle sitzt aus Sicht der Geldreformbewegung ein entscheidender blinder Fleck sowohl dieses Buches als auch vieler anderer Vorschläge, zu einer lebenswerten und gerechten Welt zu kommen, aber dazu weiter unten mehr.

Direkt aus der Geldreformbewegung stammen könnte das Credo

der Autoren, was notwendig ist, um unser Fortbestehen zu sichern: „Aus Sicht der Systemforschung ist eine Gesellschaft nachhaltig, wenn sie mit Informationsmechanismen, sozialen und institutionellen Strukturen ausgestattet ist, die diejenigen positiven Rückkopplungen unter Kontrolle halten, die exponentielles Wachstum von Bevölkerung und Kapital verursachen.“ (S. 264)

Im Buch werden insgesamt elf World3-Szenarien für die Entwicklung bis zum Jahr 2100 vorgestellt und beinahe alle führen zu einem Zusammenbruch der Wirtschaft und Bevölkerung der Erde. Nur wenn die Wende zur Nachhaltigkeit durch wirksame Einschränkung des Wachstums von Bevölkerung und Wirtschaft gelingt, kommt es nicht zum Zusammenbruch. Allerdings spielt die Zeit, wann diese Wende gelingt, eine entscheidende Rolle: „Wenn die Umstellung zur Nachhaltigkeit um 20 Jahre aufgeschoben wird, bleiben der simulierten Welt immer weniger Optionen, und sie gerät auf einen turbulenten, letztlich erfolglosen Weg in die Zukunft. Maßnahmen, die früher angemessen waren, reichen nun nicht mehr aus.“ (S. 259)

Auf das Signal zum Kurswechsel sollte also dringend reagiert werden! Doch: Schon die beiden früheren Bücher *Grenzen des Wachstums* und *Die neuen Grenzen des Wachstums* „hatten vor allem zum Ziel gehabt, auf das Phänomen der globalen Überschreitung ökologischer Grenzen aufmerksam zu machen und die Gesellschaft dazu anzuregen, das Streben nach Wachstum als Allheilmittel für

die allermeisten Probleme in Frage zu stellen. (...) Es ist uns in unseren früheren Büchern nicht gelungen, diese Besorgnis wirklich deutlich zu vermitteln. Überhaupt nicht gelungen ist es uns, dass das Konzept der „Grenzüberschreitung“ (overshoot) als berechtigte Sorge Eingang in öffentliche Debatten gefunden hat.“ (Vorwort, S. XXIII)

Dieses Buch ist zweifellos ein überaus gelungenes und überzeugendes Signal. Dennoch ist zu befürchten, dass auch seine Wirkung nicht wesentlich über die seiner beiden Vorgänger hinausgeht. Denn – wie schon oben angedeutet – übersieht das Buch eine entscheidende exponentiell antreibende Kraft hinter den untersuchten Wachstumsprozess, nämlich unser zinstragendes Geldsystem, und begünstigt daher, dass die Suche nach Maßnahmen für einen Kurswechsel nicht oder zu spät zu wirksamen Ansätzen führt.

Zwar wird der Zusammenhang zwischen Armut und Bevölkerungswachstum durchaus gesehen, doch der Zusammenhang zwischen der Umverteilungswirkung unseres Geldsystems und der – sich ausbreitenden – Armut wird nicht gesehen: „Armut führt zu Bevölkerungswachstum, Bevölkerungswachstum führt zu Armut.“ (S. 45) Aber weshalb soll Bevölkerungswachstum per se zu Armut führen? Man könnte doch auch umgekehrt annehmen, dass mehr Hände mehr produzieren und damit mehr Wohlstand schaffen können. Bevölkerungswachstum führt nur dann zu Armut, wenn die Menge der verfügbaren Güter nicht mitwachsen kann. Und was bestimmt in unserer heutigen Welt die verfügbaren

Güter? Das für diese Gruppe von Menschen verfügbare Geld! Das jedoch wird für die Mehrheit der Weltbevölkerung vor allem durch die Umverteilungsdynamik des Zinssystems limitiert bzw. sogar immer noch weiter verringert. Die Verteilung des Geldes bestimmt die Verteilung der Güter und damit die Frage von Wohlstand und Armut. Die vorhandenen Gesamtmengen an Gütern würden heute schon ausreichen, um allen Menschen ein Leben ohne Armut zu ermöglichen, und die Spirale von Armut und Bevölkerungswachstum wäre beendet. Doch die Verteilungsproblematik wurde im Modell World3 ausdrücklich nicht berücksichtigt.

Dass dies eine erhebliche Fehlerquelle ist, wird von den Autoren zumindest hinsichtlich der Verzögerungen bei Problemlösungen klar erkannt (siehe S. 220). Leider reichte diese Erkenntnis offenbar nicht dazu aus, die Verteilungsfrage auch in ihrer Bedeutung als entscheidendem ursächlichen Faktor für die un-

tersuchten Wachstumsprozesse detailliert zu untersuchen. Es bleibt ein Erklärungsdefizit, warum auch und gerade die reichen westlichen Staaten so kompromisslos und unbekehrbar auf Wirtschaftswachstum beharren. Die Erkenntnisse aus der Geldreformbewegung bringen die Erklärung: Ausreichend hohes (exponentielles) Wirtschaftswachstum wäre durchaus das „Allheilmittel“ für die meisten unserer Probleme, die nämlich genau die Probleme sind, die unser exponentieller Charakter unseres Geldsystems beschert, wie Arbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, leere öffentliche Kassen, soziale Spaltung usw.

Es ist also nicht nur eine Ideologie der Mächtigen, die man durch Wertewandel o.ä. ändern könnte, sondern ein realer „Sachzwang“. Wir können es nur dann schaffen, auf die Medizin Wirtschaftswachstum zu verzichten, wenn wir den Krankheitserreger Zinssystem in den Griff bekommen. Andernfalls haben wir nur die

Wahl zwischen dem Tod durch die Medizin selbst, also dem ökologischen Kollaps, oder dem Tod durch die Krankheit, dem sozialen Kollaps mit Krieg, Bürgerkrieg und Revolution.

Da die Dynamik unseres Geldsystems aber auch das Wirtschaftswachstum selbst zunehmend unmöglich macht, indem es einerseits durch seine Überproduktion zu Sättigung und sinkender Nachfrage führt und andererseits durch Umverteilung die Kaufkraft der Masse immer schneller reduziert, auch und gerade bei denen, die noch kaufen würden, wenn sie nur das nötige Geld hätten, sieht es derzeit so aus, dass wir noch vor dem ökologischen Zusammenbruch mit dem drohenden sozialen Zusammenbruch konfrontiert werden. Das könnte unser Glück sein, denn davon könnte eine so dringende Notwendigkeit zur Suche nach wirksamen Korrekturen ausgehen, dass wir tatsächlich die Wende schaffen, bevor es zu spät für wirksame Maßnahmen ist.

Selbst Dennis Meadows nannte anlässlich der Vorstellung seines Buches im Rahmen der Stuttgarter Buchwochen als einen der möglichen Ansätze: „think of other monetary systems and regional currencies“. Die Idee ist also schon bei ihm angekommen, auch wenn es natürlich schöner gewesen wäre, er hätte diesen Vorschlag auch schon in seinem Buch genannt. Jedenfalls hapert es wohl tatsächlich nur an einem Gesinnungswandel einer kritischen Masse – und das wäre doch verheißungsvoll, sollte sich das nicht schaffen lassen!

Kornelia Halach

ISW *institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.*



Der Grafikdienst untersucht Ursachen und Ausmaß von Armut, die Quellen und die Verteilung von Reichtum und die Folgen. 37 großformatige Grafiken mit erklärendem Text und ergänzenden Fakten und Argumenten.

Die Grafiken und Karikaturen (nicht der Text) aus Grafikdienst 11 sind auch auf CD (powerpoint) erhältlich – für 5,00 Euro zzgl. Versand

isw-grafikdienst 11 Sept. 2006 / 5,00 EUR zzgl. Versand

publikationsreihe isw-report: ISSN 1614-9246

Bestellungen an: isw – institut für sozial-ökologische wirtschaftsforschung e.V.
Johann-von-Werth-Straße 3, 80639 München, fon: 089-130041,
fax 168 94 15, email: isw_muenchen@t-online.de

www.isw-muenchen.de

Informieren, bestellen, Mitglied werden!

Name

Straße & Hausnummer

Postleitzahl & Ort

Telefon & E-Mail-Adresse

Per Fax an: (095 02) 92 48 10 oder per Post an:

**INWO Versand
Sambach 180**

96178 Pommersfelden



☐ Ich möchte förderndes Mitglied der INWO e.V. werden!

Der reguläre Beitrag beträgt monatlich 4 € und beinhaltet das Abo der Zeitschrift „FAIRCONOMY“.

☐ Ich bin Schüler(in) / Student(in) / Auszubildende(r) / erwerbslos und zahle monatlich nur 2 €.

☐ Ich spende regelmäßig einen zusätzlichen Beitrag von monatlich _____ €.

☐ Ich spende einmalig _____ €.

Eine Bescheinigung wird für Zuwendungen ab jährlich 100 € ausgestellt. Darunter gilt der Kontoauszug als Beleg.

☐ Ich möchte ein kostenloses und unverbindliches Probeabo der Zeitschrift FAIRCONOMY.

☐ Bitte schicken Sie mir 10 kostenlose Exemplare der FAIRCONOMY Nr. 1 zum Verteilen für nur 1.50 € Versandkosten.

☐ Bitte senden Sie mir kostenloses Infomaterial über die INWO.

☐ Bitte nehmen Sie mich in Ihren E-Mail-Verteiler auf.

Ich bestelle folgende Materialien der INWO / Platz für Anmerkungen:

_____	_____
_____	_____
_____	_____

ggf. Artikelbezeichnung

ggf. Anzahl

Kosten für Verpackung & Versand: bis 10 € Bestellwert 1.50 € / ab 10 € Bestellwert frei

Ort, Datum

Unterschrift

Ihre Daten werden elektronisch erfasst, damit wir Spendenquittungen, Rechnungen etc. ausstellen und Kontakt zu Ihnen halten können. Ihre Daten werden ausschließlich von uns oder durch unsere Beauftragten für vereinsbezogene Informations- und Werbezwecke genutzt. Wir geben keine Daten an Dritte weiter! Sie können der Speicherung, Verarbeitung und Nutzung Ihrer Daten widersprechen. Dazu schreiben Sie bitte an INWO Versand, Sambach 180, 96178 Pommersfelden.

Hiermit ermächtige ich die Initiative für Natürliche Wirtschaftsordnung e.V., bis auf Widerruf meinen jährlichen Mitgliedsbeitrag (ab Beitrittsmonat bis Jahresende, danach jeweils im Januar für das gesamte Jahr) und die zusätzliche Spende (ggf. streichen) von meinem

Konto Nr.: _____ BLZ: _____

bei der _____

mittels Lastschrift abbuchen zu lassen. Wenn oben genanntes Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens der kontoführenden Bank keine Verpflichtung zur Einlösung.

Ort, Datum

Unterschrift

Bierdeckel



Die Bierdeckel sind ein optimales Werbemittel, um privat oder bei Verteilaktionen auf das Anliegen der INWO und unsere Internetseiten aufmerksam zu machen. Auf der Rückseite steht: „Für jedes Bier und alles was Sie kaufen, zahlen Sie 30 % drauf. Täglich

fließen so in Deutschland 980 Mio. Euro Zinsen von Arm zu Reich. Darum: GELDREFORM jetzt!“

Paket mit 70 Stück

3,50 € neuer Preis: 2,50 €

Faltblatt zum Verteilen:

Standpunkt 1 „Wachstum, Wachstum...über alles!“



Auf vier DIN A4-Seiten beschreibt Buchautor Helmut Creutz mit anschaulichen Grafiken und Tabellen, warum unsere Wirtschaft immer wachsen muss und warum trotz Wachstum immer weniger zum Verteilen da zu sein scheint.

schwarz-weißer Laserdruck

Einzelpreis: 0,50 €; 10 Stück inklusive Porto: 4,- €

Margrit Kennedy:

Geld ohne Zinsen und Inflation Ein Tauschmittel, das jedem dient

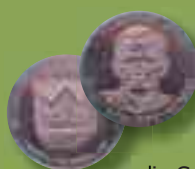


Noch nie gab es soviel Geld wie heute und dennoch fehlt es überall. Arbeitslosigkeit, Umweltzerstörung und soziale Ungerechtigkeit werden zumeist mit falschen politischen Entscheidungen oder individuellem Fehlverhalten begründet. Selten werden wirtschaftliche Rahmenbedingungen und unser Finanzsystem grundsätzlich in Fra-

ge gestellt. Aber genau hier sind die tieferen Ursachen des Dilemmas verborgen. Margrit Kennedy räumt mit weit verbreiteten Missverständnissen rund ums Geld auf und zeigt, wie tragfähige Alternativen zum bestehenden Finanzsystem aussehen können.

Goldmann 2006, aktualisierte Neuauflage, 268 Seiten, 7,95 €

Gedenkmünze



In der Tiroler Gemeinde Wörgl begann 1932 auf Initiative des sozialdemokratischen Bürgermeisters Michael Unterguggenberger ein Freigeldexperiment als kommunale Selbsthilfeaktion gegen die Wirtschaftskrise. 75 Jahre danach steht

die Gemeinde unter dem Motto „Wörgler Freigeldjahr 2007“. Aus diesem Anlass gibt die Stadt eine Gedenkmünze heraus, deren Erlös zur Finanzierung des umfangreichen Kultur- und Bildungsprogrammes beiträgt.

1 Gedenkmünze à 10,- €

Zeitschrift zum Verteilen:

FAIRCONOMY



Die aktualisierte Neuauflage der ersten Ausgabe der FAIRCONOMY ist ein Sonderheft, das vor allem für Einsteiger gedacht ist. Mit einem neuen Quiz, leicht verständlichen, zeitlosen Texten und vielen bunten Illustrationen werden die Themen der INWO angesprochen und unsere Arbeit vorgestellt. Das Heft ist durchgehend farbig und eignet sich

hervorragend zum Verteilen oder Auslegen.

10er Pack, 1,50 € (nur Porto- und Versandkosten!)

Weitere Angebote finden Sie unter <http://www.INWO.de/Shop>.
Versandkostenfrei jetzt schon ab nur 10 Euro Bestellwert!